

S O Z I A L D E M O K R A T I S C H E
W A H L F L U G B L Ä T T E R
I M
W E D D I N G

(1874-1891)

SPD-Wedding

September 1983

Herausgeber: S P D - Wedding, 1-65, Müllerstraße 163.

Druck: KSH-Druck Berlin-Wedding , ebd.

Auflage: 200

Text: Bernd Schimmler

Sozialdemokratische Flugblätter im Wedding, 1874 - 1891.

Die Geschichte der Weddinger Sozialdemokratie zu schreiben ist eine schwierige Arbeit, da kaum Material aus der Zeit vor 1900 vorhanden ist. So werden wir wohl noch lange forschen müssen, um genau zu wissen, wann im Wedding eigentlich die Sozialdemokratie sich gründete.

Auf den nachfolgenden Seiten werden einige Ergebnisse der Suche nach der Weddinger SPD-Geschichte dargestellt; es sind die Flugblätter, die sich in Bernsteins Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung abgedruckt finden. Aber auch dieses Standardwerk, daß leider nur noch in wenigen Exemplaren in den Berliner Bibliotheken vorhanden ist, bietet wenig Hinweise auf die Geschichte der Sozialdemokratie.

Hier im Wedding bildete sich in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts eine der Keinzellen der Berliner Arbeiterbewegung. Auf dem kargen Gelände um das Vergnügenetablissement am Gesundbrunnen und den ehemaligen Weddinghof, sowie den Mühlen an der heutigen Müllerstraße entstanden die Mietskasernen, von denen Zille schrieb, daß man mit diesen Wohnungen auch Menschen erschlagen kann. Der Meyers-Hof des gleichnamigen Velvetfabrikanten in der Ackerstraße 132 war hierfür ein prägnantes Beispiel.

Hier entwickelte sich schon 1848 ein unruhiges Völkchen in den sogenannten Rehbergern, den Vorläufern des Proletariats der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Sie waren Notstandsarbeiter, die vom Berliner Magistrat mit Erdarbeiten in den Rehbergen beschäftigt wurden. Aber in der Revolution wurden sie, wenn auch noch teilweise sehr unpolitisch, aktiv und nahmen an Demonstrationen teil.

Der Student Gustav Adolf Schloeffel schrieb ein radikales Blatt in Berlin, daß er kostenlos bei den "Rehbergern" verbreiten ließ. Die Weddinger Arbeiter hatten darin ihre erste Stimme.

Die Geschichte der Weddinger Sozialdemokratie, dies geht aus den Flugblättern nicht so hervor, ist auch die Geschichte des Versuches, die politischen Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter polizeilich zu unterbinden. Das Sozialistengesetz war hierzu eines der Instrumente .

Das nachstehende Protokoll einer Hausdurchsuchung ist eines der wenigen überlieferten Hinweise hierauf.

Die Durchsuchung wurde bei Max Zarkau, Triftstraße 46a, durchgeführt.

Am 15/11 v. Maym. 5 3/4 Ufr.
wurde bei Herrn Zarkau
Triftstr. 46a eine Durchsuchung
nach verbotenem Schriftgut
vorgenommen, in welcher
kein Erfolg war.
B. V. 15. 11. 86.



Polizeiliche Bestätigung über eine ergebnislos verlaufene Hausdurchsuchung
nach verbotenen Schriften

Von Max Zarkau ist auch noch ein Quittungsbuch für den Arbeiterbezirksverein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding erhalten, der damaligen durch die Bestimmungen des Sozialistengesetzes bedingten Organisationsform.

**Arbeiter-Bezirksverein
der
Oranienburger Vorstadt
und des Wedding.**

Statut und Quittungsbuch

N^o.

114

für Herrn

Max Hasenclever

Aufgenommen

am *23. Juni* 188 *9*

**Statut und Quittungsbuch des
Arbeiter-Bezirksvereins der Oranien-
burger Vorstadt und des Wedding**

Das Deckblatt dieses Parteibuches ist links abgebildet. Im Weddinger Heimatarchiv findet sich als Leihgabe auch noch ein Parteibuch aus dem Jahr 1907 mit einem ausführlichen Statut des Sozialdemokratischen Wahlvereins im 6. Wahlkreis zum Deutschen Reichstag.

Dieser 6. Wahlkreis bildete die hauptsächliche Organisationsform der SPD, da sich aufgrund des Sozialsitengesetzes die Partei nur in den Wahlkreisen ungehindert organisieren konnte.

Seit 1874 kandidierten im 6. Wahlkreis Sozialdemokraten. Dieser Wahlkreis umfaßte die Berliner Stadtbezirke 154 bis 185 und 190 bis 210, wie man dem Reichsgesetzblatt von 1870 (S. 290) entnehmen kann. Dies waren der

Gesundbrunnen, der Wedding, Moabit und die Spandauer Vorstadt. Insgesamt umfaßt dieser 6. Wahlkreis also genau jenes Gebiet in Berlin in dem die Eisen- und Maschinenindustrie dominierte.

Für die Reichstagswahl von 1873 war der Weddinger Kandidat Wilhelm Hasenclever bereits am 14. Juni 1873 auf einer Versammlung des lassallianischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Moabit aufgestellt worden. Damals waren der ADAV und die sogenannten Eisenacher um Bebel noch nicht in einer Partei verbunden, wie nach der Vereinigung 1875 in Gotha.

Wilhelm Hasenclever war ein führender Lassalleaner und seit 1871 Präsident des ADAV.

Für die Eisenacher wurde als Kandidat in allen sechs Berliner Wahlkreisen der liberale Demokrat Johann Jacoby aufgestellt. Mehrfachkandidaturen waren damals noch möglich. Bei der Wahl am 10. Januar 1874 erhielt Hasenclever 2.523 und Jacoby 638 von insgesamt 8135 abgegebenen Stimmen.

Die stärkste Partei war die Fortschrittspartei mit über 4000 Stimmen. In der Stichwahl am 27. Januar 1874 zwischen Hasenclever und dem Fortschrittler verlor Hasenclever mit 6019 gegen 9318 Stimmen.

Dann jedoch nahm der Fortschrittskandidat eine Wahl in Wiesbaden an und im 6. Wahlkreis mußte erneut gewählt werden. Diesmal verlor Hasenclever zwar erneut, aber mit einem geringeren Abstand von 5149 zu 7240 Stimmen.

Statut

des

Sozialdemokratischen Wahlvereins

im

6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Berlin.

Druck von Maurer, Werner & Co.
Sebastianstraße 72.

Bei den Neuwahlen am 10. Januar 1877 wurde dafür Hasenclever gleich im ersten Wahlgang gewählt. Er erhielt im 6. Wahlkreis 9.569 Stimmen. Ein Jahr später jedoch löste Bismarck nach dem zweiten Attentat gegen den Kaiser den Reichstag auf, um endlich seine geplanten Bestimmungen gegen die Sozialdemokratie durchzusetzen. Trotz der Hetze gegen die Sozialdemokratie, die sich z.B. in einem ebenfalls abgedruckten freisinnigen Flugblatt findet, konnte Hasenclever hier über 15.000 Stimmen erringen und

Titelseite der Statuten des sozialdemokratischen Wahlvereins im 6. Wahlkreis

Berliner Tageschronik.

• Durch Zufall ist es uns gelungen, die Abschrift der Liste derjenigen Lokale zu bekommen, welche den Soldaten der Berliner Garnison verboten sind, da in denselben Sozialisten verkehren. Wir veröffentlichen diese Lokale, indem wir unseren Genossen gleichzeitig empfehlen, diejenigen Lokale, welche wir durch ein Sternchen ausgezeichnet haben, bei ihren Ausgängen zu berücksichtigen. Diese Lokale heißen:

- 6. Diersfeld, Gartenstr. 63.
- * 7. Dittmer, Prinzenstr. 52.
- 8. Fürst Blücher, Müllerstr. 6.
- 9. Gliem, Hasenhaide.
- 10. Goldamer, Thurmstr. 4.
- 21. Jaech, Müllerstr. 22.
- * 22. Jacobitz, Brangelstr. 109.
- 23. Jagus, Chausseest. 17.
- 24. Café zum Sultan von Sansibar, Alexanders-
straße 50.
- 33. Ranteufel, Gesundbrunnen.
- 41. Bludra, Brunnenstr. 140.
- 48. Scheyer, Brunnenstr. 40.
- * 49. Schmarr, Blumenthalstr. 5.
- 50. Schmiede, Sellenstr. 1.
- * 51. Schmidt, Wallisadenstr. 23.
- * 52. Schmolt, Gläbigerstr. 27.
- * 53. Schneider, Abalbertstr. 16.
- 54. Schröder, Holzmarktstr. 3.
- 55. Schulz, W., Gr. Frankfurterstr. 27/28.
- 56. Schulz, Thierarznei-Schulplatz 3.
- * 57. Schwerdtfeger, Fischerbrücke 25/26.
- 58. Spielmann, Friedrichstr. 105b.
- * 59. Stolz, Potsdamerstr. 117.
- 60. Stöpel, Elisabethstr. 11.
- 61. Tiep, Hasenhaide 3.
- 62. Teier, Alt-Neubau 43.
- 63. Tritt, Alexanderstr. 52.
- 64. Vöge, Brückenstr. 2.
- 65. Vogel, Alexanderstr. 31.
- 66. Weber, Invalidenstr. 39.
- * 67. Werner, Schwedterstr. 19.
- * 68. Wolff, Chausseest. 59.
- 69. Wolff, Schönhäuser Allee 116.
- 70. Wursche, Rigdorf.
- * 71. Zaulig, Gottbuscher Damm 60.

Liste der im Jahre 1878 mit Militär-
verbot belegten Wirtschaften. Aus der
„Berliner Freien Presse“

den Wahlkreis für die SPD
behaupten.

Die Sozialdemokraten im Wedding
gehörten zu den aktivsten.
Dies zeigt nicht nur die An-
zahl der Weddinger Lokale für
Militärpersonen 1878 Lokalver-
bot erhielten, weil dort Sozial-
demokraten verkehrten, sondern
z.B. auch die Anzeige in der
Presse mit dem die Genossen
zur Teilnahme an der Trauer-
feier für eine verstorbenen
Berliner Spitzenfunktionär
der Sozialdemokraten aufgerufen
wurden.

Zur Beerdigung unseres Genossen Feinisch.

Die Genossen vom Gesundbrunnen ver-
sammeln sich heute Mittag halb 1 Uhr bei
Voellke, Grünthalstr. 60. Zahlreiches Er-
scheinen ist erwünscht. (1828)
Aug. Kettel, Badstr. 66.

Bei der Wahl 1881 aber der
Wahlkreis verloren. Der Fort-
schrittskandidat siegte mit
17.947 Stimmen gegenüber Hasen-
clever mit 17.378. Den Sozial-
demokraten war in dieser Wahl-
schlacht keine Wahlpropaganda
durch Versammlungen gestattet
worden und die Polizei schloß
sogar Wahlveranstaltungen der
anderen Parteien, wenn sie
ein sozialdemokrat zur Diskussion
meldete. Für diese Wahl gibt
es auch eine Einzelanalyse, die
zeigt, daß die Wahl nicht im
Wedding verloren wurde, wo

Hasenclever ca. 2700 Stimmen vor dem Fortschrittskandidaten lag.

1884 besserte sich das Bild aber schnell. Im Hauptwahlgang erhielt Hasenclever 24.258 Stimmen. Dieses Wahlresultat wurde den Sozialdemokraten, die sich hierzu versammelt hatten, im Saal des alten Viehhofes auf dem Gelände der AEG-Brunnenstraße verkündet. Leider mußte Hasenclever in eine Stichwahl, da er noch nicht die absolute Mehrheit hatte. Diese erhielt er im 2. Wahlgang mit 24.319 Stimmen. Hasenclever war gleichzeitig in Breslau gewählt worden und nahm das dortige - nicht ganz so sichere Mandat - an. Im Wedding mußte es eine Nachwahl geben. Bei ihr kandidierte der Schreiner Wilhelm Pfannkuch, der 1919 der Alterspräsident der Weimarer Nationalversammlung wurde. Er siegte gleich im ersten Wahlgang.

1887 kandidierte wieder Hasenclever, der mit 30.453 Stimmen den Wahlkreis eroberte. Zwei Jahre später jedoch verstarb er. Eine Nachwahl wurde erforderlich. Im traditionellen Wahlkreis 6 kandidierte jetzt Wilhelm Liebknecht, der gemeinsam mit August Bebel zu Vätern der Sozialdemokratie gehörte. Bei einer erheblich geringeren Wahlbeteiligung gewann Liebknecht den Wahlkreis auf Anhieb mit 26.067 Stimmen, während sämtliche Gegner zusammen nur knapp 16.000 Stimmen erreichten. Diesen Wahlkreis vertrat Liebknecht bis zu seinem Tode im Jahre 1900. Auch bei der Wahl von 1891 hatten alle anderen Kandidaten keine Chancen. Wilhelm Liebknecht erhielt 62,18 % (42.274 Stimmen). Zum Ende der Unterdrückung durch das Sozialistengesetz war es ein Triumph der Arbeiter. Nach Liebknecht kandidiert von 1900 bis 1918 Georg Ledebour. In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg wurde die Tradition des alten Wahlkreises VI durch Abgeordnete wie Otto Suhr und Willy Brandt aufrechterhalten. Sie kandidierten im heutigen Wahlkreis V zum Abgeordnetenhaus.

Bernd Schimmler

Programm

der deutschen Arbeiter für die nächsten Reichstags-Wahlen.

In erster Linie soll der Arbeiter dahin streben, denselben Einfluß auf die Gesetzgebung und somit auf die Regierung des deutschen Reichs zu erlangen, wie ihn andere Klassen längst besitzen und leider nicht im Interesse der Gesamtheit, sondern im eigenen Klasseninteresse ausgeübt haben.

Die Entwicklung der Capitalherrschaft in Deutschland und ihre besonders für die Arbeiterklasse schädlichen Folgen, die wir in den vielfachen Krisen nur allzu deutlich vor Augen sehen, haben wir hauptsächlich der bisherigen Gesetzgebung zu verdanken, da dieselbe in den Händen der capitalbesitzenden Klassen liegt.

Würde die Arbeiterklasse die Gesetzgebung sich zu eigen machen, dann würden auch Gesetze für das Recht der Arbeit gegeben und das herrschende Capital, welches nur durch Arbeit entstanden ist, würde als dienendes Element der Arbeit unterthanig gemacht werden. Diese notwendige Ordnung wird jetzt gerade durch die Capitalmacht in das Gegenteil verkehrt und die schrecklichste Unordnung an deren Stelle gesetzt.

Mit dieser Unordnung will weder die Reaction, noch die Capitalmacht aufräumen, deshalb muß die Arbeiterklasse als Parteileiter der Ordnung auftreten, und sie kann dies auf dem Wege der Gesetzgebung bewirken.

Arbeitervertreter müssen in den Reichstag, als in die bedeutendste deutsche gesetzgebende Körperschaft, gesandt werden.

Was sollen sie dort?

Sie sollen nachstehendes Programm vertreten.

Programm.

I. Das Allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht muß bei allen Vertretungen im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden eingeführt werden. Dieses Wahlrecht muß aber auch ein vollständig freies sein und nicht die Beschränkungen des Wahlrechts zum deutschen Reichstage enthalten. Jeder Mann soll vom 20ten Lebensjahre an wahlberechtigt und wählbar sein, den Soldaten darf das Wahlrecht nicht entzogen, der Wahltag muß auf einen Sonntag oder gesetzlichen Feiertag verlegt werden und die Wahlvertreter müssen während der Zeit ihrer Arbeit für das Volk, für das Reich eine entsprechende Entschädigung aus Reichsmitteln erhalten.

Formell besitzen wir das Allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht bei dem deutschen Reichstage, wenn auch in materieller Beziehung, wie oben angegeben, dieses Wahlrecht nichts weniger als ein allgemeines ist. Das vorzugsweise die Arbeiterklasse dadurch benachteiligt, wenn das Wahlrecht von dem vollendeten fünfzehnjährigen Lebensjahre abhängig gemacht wird, geht daraus hervor, daß nach statistischen Ermittlungen die Arbeiter ein durchschnittliches Lebensalter von nur 28 Jahren, die anderen Klassen aber von circa 45 Jahren erreichen. (Beispielsweise werden die Priester durchschnittlich 60 Jahre alt.) Man sieht daraus, daß den Arbeitern das Wahlrecht äußerst verhältnismäßig verweigert wird, da gerade von 20 bis 25 Jahren die Sterblichkeit unter denselben mehr als doppelt so stark ist, wie unter den anderen Klassen. Auch ist es, vom Rechtsstandpunkte aus betrachtet, eine höchst eigenartige Handlungsweise, wenn man den jüngeren Staatsbürgern, welche genau dieselben Pflichten leisten, wie die älteren, nicht die gleichen Rechte gewährt.

Dadurch, daß man den Wahltag nicht auf einen Sonntag oder Feiertag verlegt, wird vorzugsweise den Arbeitern das Wahlrecht entzogen.

Auch muß der deutsche Reichstag, der das gesamte Volk vertreten soll, vollständig souverän (unbeschränkt) sein, so daß seine Beschlüsse sofort Gesetzeskraft erlangen, ohne der Zustimmung der im Bundesrathe vertretenen Einzelregierungen zu bedürfen.

Besser wäre es allerdings, wenn alle einzelnen Staaten in Deutschland vollständig aufgingen, wenn es kein Preußen, kein Bayern und kein Sachsen mehr gäbe, sondern nur ein Deutschland, eingeschlossen Deutsch-Oesterreich. Die vielen Verwaltungen und Einzelherrschaften kosten dem Volke große Opfer. So lange aber diese Einzelstaaten bestehen, so lange sie besondere Vorbehalte besitzen, so muß auch dort das Allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt werden.

Ebenso bei Stadtverordneten- und Gemeindevahlen, weil an den ärmsten Verhältnissen der Sinn des Volkes sich äht und dann leichter die Gesetzgebung des Reiches übernommen kann. So aber ist bei dem Dreiklassenwahlsystem das arbeitende Volk fast gänzlich von der Staats- und Gemeindeverwaltung ausgeschlossen.

II. Es giebt uns eine Menge Forderungen, welche andere Parteien halb und halb mit uns zu erlangen streben, die wir hier auch aufzählen wollen.

a. Die freie Volksschule.

Wir wollen, daß die Gehälter der Lehrer erhöht, daß das Schulgeld aufhöre und daß die Schule vollständig unabhängig von der Kirche werde. Endgültig aber verlangen wir, daß die Gymnasien, Realschulen u. s. w. mit ihren Privilegien sämtlich aufgehoben, als höhere Abtheilungen der Volksschule einverleibt werden, zu denen dann die gesamte Jugend unentgeltlich Zutritt hat.

b. Der Druck der Priesterschaft.

muß aufhören durch Gewährung vollständiger Pressefreiheit, nicht durch Einschränkungen, wie z. B. des Preussengesetz. Die Arbeiter erklären sich überhaupt gegen jedes Gesetz, welches nicht für die Gesamtheit aller Staatsangehörigen gleichmäßig erlassen wird.

c. Freie Abolatur.

Den Arbeitern wird es gegenwärtig sehr schwer gemacht, zu ihrem Rechte zu gelangen, weil sie selbst die Gesetze allzuwenig kennen können und es ihnen an Geld fehlt, einen tüchtigen Rechtsanwalt unter der geringen Zahl der jetzt Angestellten zu erhalten. Auch vertreten dieselben vielfach bei politischen Vergehren ihren Parteisanhänger, während hingegen bei der freien Abolatur aus allen Parteien und für viel geringere Opfer tüchtige Anwälte auch von den Arbeitern zu erhalten wären.

d. Sämmtliche indirekten Steuern

müssen abgeschafft werden, und an ihre Stelle eine einzige nach der Höhe des Einkommens sich richtende immer mehr aufsteigende Steuer treten, so daß zum Beispiel alle Personen, welche unter 500 Thlr. Einkommen haben entweder vollständig steuerfrei seien oder etwa 1 Thlr. steuern, diejenigen mit 500 Thlr. etwa 15 Thlr., die mit 1000 Thlr. etwa 200 Thlr., die mit 2000 etwa 800 Thlr., die mit 4000 Thlr. etwa 2400 Thlr. u. s. w. an Steuer entrichten müßten; mit 1600 Thlr. läßt sich ja selbstredend noch besser leben, als mit 500 Thlr. Die angegebenen Summen sollen selbstverständlich nur als Beispiel dienen, um die progressive Einkommensteuer anschaulicher zu machen. Durch solches Steuersystem würde auch bald das Jagen nach Reichthümern und somit Schwindel, Betrug und Eitelheitsüberei aufhören. Durch das jetzt herrschende indirekte Steuersystem aber wird der Arme, der Arbeiter, der so schon am Hungertuche nagt, ungeheuer belastet, während der Reiche auch nur ebensoviel indirekte Steuern bezahlt. Die direkte Steuer der Reichen aber ist verhältnismäßig äußerst gering, so daß überhaupt die indirekten Steuern fast 1/2 aller Steuern betragen.

c. Alle öffentlichen Verkehrsanstalten

müssen vom Staate übernommen werden. Wie das Postwesen müssen auch das Eisenbahnwesen, die Schifffahrt u. s. w. vom Staate betrieben werden; die Dividenden, welche jetzt den Couponabschneidern zu ihrem Nutzen in die Hände fallen, sind für des Volkes Wohl zu verwenden; außerdem würde auch der Betrieb ein geregelter und besserer.

d. Pressefreiheit

Aufheben der Konfiskation von Zeitungen und Büchern, Aufhebung der Censur und des Zeitungsstempels. Jeder Staatsbürger soll das Recht haben, seine Gedanken frei zu veröffentlichen; die Freiheit der Presse soll in keiner Weise gehemmt noch eingeschränkt werden; deshalb darf gegen dieselbe keinerlei Strafe verhängt werden. Nur Personen, welche durch die Presse verleumdete werden, können auf Entschädigung klagen für den Schaden, den die Verleumdung ihnen verursacht hat. Staatsinstitutionen, welche für die Allgemeinheit gut sind, können durch Schmähungen und Verhöhnungen nicht geschädigt werden, und Staatsinstitutionen, welche für die Allgemeinheit nicht gut sind, haben kein Recht auf Achtung.

e. Freies Vereins- und Versammlungsrecht.

Das Recht, seine Gedanken in der nämlichen Weise, wie durch die Presse, auszusprechen, verlangen wir auch bei dem gesprochenen Wort. Wir wollen ein vollständig freies Vereins- und Versammlungsrecht, das Recht, uns ebensowohl ohne polizeiliche Anmeldung und Genehmigung unser freies Wort zu sagen, als auch in geschlossenen Räumen versammeln zu dürfen. — Auch verlangen wir, daß ein Gesetz erlassen wird, welches die Bestrafung der Beamten, wenn sie ihre Befugnisse überschreiten, regelt.

f. Die Volkswehr

Als die einzige eines freien Volkes würdige bewaffnete Macht. Erwerbungs- und Krieges sind zu verdammen und zur Vertheidigung ist eine Volkswehr, wie dies die Fremden in den Jahren von 1789–1797 und die Deutschen im Jahre 1813 bewiesen haben, besser, als ein stehendes Heer. Solange aber die stehenden Heere nicht abgeschafft werden, ist eine einjährige Dienstzeit für Jedermann, nicht nur für die bevorzugten Klassen, übrig genügend, einen Soldaten auszubilden. — Die Invalidentheile müssen der Art sein, daß sie im Kampfe verkrüppelten und erwerbsunfähig Gemachten ein reichliches Auskommen bis an ihr Lebensende vom Staate erhalten.

III.

Gesetze zum Schutze der Arbeit.

a. Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit.

Eine gute Erziehung der Kinder der Arbeiter ist unmöglich, wenn die Frauen ebenfalls Lohnarbeit verrichten müssen und so die Kinder vernachlässigt werden. Die Kinder aber sollen ihre Jugendzeit mit Lernen und Spielen verbringen; damit sie geistig und körperlich gelunden.

b. Abschaffung der Sonntagsarbeit.

Einen Tag in der Woche soll der Arbeiter zum Vergnügen und für das Familienleben haben; selbst das alte religiöse Gesetz erklärt schon, daß am liebsten Tage geruht werden soll. Man glaubt nun wohl, daß die Abschaffung der Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit die Familien der Arbeiter weniger für ihren Lebensunterhalt an Lohn erhalten? Dem ist nicht so. Wenn ein gesetzliches Verbot eintritt, wenn also keine Frau, kein Kind und kein Sonntag überhaupt arbeitet, dann steigt für den männlichen Arbeiter der Lohn derart, daß er der Gesamtsumme des früheren Lohnes gleichkommt, da ja unter allen Umständen die Arbeiter im Allgemeinen auf die Dauer nicht mehr und auch nicht weniger an Lohn erhalten, wie zur Vertheidigung der äußersten Bedürfnisse für sich und die Familie erforderlich ist.

c. Ein gesetzlich bestimmter Normalarbeitstag.

Es muß der Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital ein weiterer Damm entgegen gesetzt und eine tägliche Arbeitszeit festgesetzt werden, über

welche hinaus ein Fabrikant nicht hinaus lassen darf. Dasselbe kann aber vorläufig nur auf die Großproduktion angewendet werden.

d. Verkürzung des Festlichkeitsjahres.

Das bestehende ist zum Schutze der Arbeiter gemacht, enthält aber die Bestimmung, daß der in einer Fabrik oder in einem Bergwerke u. s. w. verlegte Arbeiter oder die Familie des getriebenen Arbeiters erst nachweisen müssen, daß das Unglück durch die Schuld des Unternehmers oder eines von ihm angestellten Beamten oder Aufsehers erfolgt ist. Dann erst tritt eine Entschädigung ein. Bei Eisenbahnunfällen, wobei der Reisende ebenso gut seine Haut zu Mark tragen muß wie der Arme, braucht der Schuldbeweis nicht erst geführt zu werden. Deshalb kann bei Unglücken in Fabriken und Bergwerken? Well dort nur Arbeiter verunglücken? Das wäre nicht gerecht, deshalb soll mit der Schuldbeweisführung!

e. Gegen das Kontrahierungsgebot

so muß die Parole der Arbeiter lauten; denn durch dasselbe wird die so heiß ersehnte Koalitionsfreiheit illusorisch. Man will durch den Staatszwang den Arbeiter bestrafen, welcher ohne geschliche Abstimmung die Arbeit verläßt, allerdings auch den „Arbeitgeber“, welcher einen Arbeiter ohne geschliche Abstimmung entläßt. Aber wie will man sie bestrafen? Mit Geldstrafe, der im Unterwandsfalle eine Gefängnisstrafe substituirt wird. Sollte man doch gleich in dem Entwurf gesagt — die Arbeiter werden mit Gefängnis, die „Arbeitgeber“ mit Geldstrafe belegt; — man wäre mit der arbeiterschaftlichen Tendenz wenigstens offen hervorgetreten. Wenn hundert Arbeiter um Lohnhöhung einen Streik anfangen wollen, so fällt derselbe jedesmal in's Wasser, wenn die Arbeiter erst 14 Tage vorher kündigen sollen; thun sie es nicht, so werden sie, da sie sich immer im Unterwandsfalle befinden, in's Gefängnis gesteckt. Wenn aber ein Fabrikherr irgend einen Arbeiter, der Haare auf den Zähnen hat, aus der Fabrik ohne Abstimmung hinauswerfen läßt, so bezahlt er lachenden Mundes die Geldstrafe von 10 Thlr. und erhält von seinen Kollegen noch das größte Lob. Deshalb müssen wir ein Gesetz, welches die alten Koalitionsverbote vollständig erheben soll, mit aller Macht bekämpfen.

IV.

Produktions-Gesetzgebung mit Staatshilfe.

Alle vorhin angegebenen Gesetze und Mittel werden aber die Arbeiterklasse niemals radikal aus den Fesseln des Kapitals erlösen, sie sind eben nur augenblickliche Erleichterungsmittel, wenn nicht der Entzug der Arbeit auch den Arbeitern zufließt, welche dieselbe geleistet haben. Bei dem heutigen Produktionswesen erhalten die Arbeiter in Form des Lohnes nur so viel von den geschaffenen Produkten, wie zu ihrem häuslichen Fortkommen nötig ist, den übrigen Ertrag haben die Unternehmer in ihre Tasche. — Um diesen haarsträubenden Zustand ein Ende zu machen, müssen die Arbeiter sich verbinden zu gemeinsamer Produktion; der Staat, welcher von den Arbeitern auf dem Wege des Allgemeinen gleich und direkten Wahlrechts demokratisch werden soll, in welchem die Arbeiter die Gesetzgebung in Händen haben, soll eintreten für solche Produktions-Assoziationen durch Gewährung des nötigen Kapitals in Form von Bausgarantie. Im Konstruktionskampf gegen die kapitalistischen Etablissements, denen die kleinen Meister und Bürger jetzt schon fast ganz zum Opfer gefallen sind, will den dann solche Arbeiter-Assoziationen mit Hilfe des demokratischen Staates siegen, und so kann die schmachvolle Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Wege des Rechtes und der Gesetzgebung aus der Welt geschafft werden.

Dieses Endziel muß den Arbeitern bei allem ihrem Ringen, bei allen ihren Bestrebungen immer vor Augen stehen und sie leiten; errungen muß dasselbe werden, denn nur in ihm und in seiner weiteren Folge: der allgemeinen Organisation der Arbeit und dem sozialistischen Staate liegt das Heil der gesamten Menschheit. Aber über diesem idealen und großartigen Ziele dürfen die Arbeiter die oben angeführten näheren Ziele nicht vergessen und für die Gewinnung derselben bei den nächsten Reichstagswahlen durch die Wahl von Arbeiterabgeordneten mit aller Kraft wirken.

An die Berliner Arbeiter und Kleinbürger.

Obiges Programm ist nach der Rede des Herrn Hasenclever, des von vielen Tausend Arbeitern im Circus Herzog-Schumann aufgestellten Candidaten zum deutschen Reichstage, entworfen und enthält die Grundsätze, wie er sie dort persönlich entwickelt hat.

Wir fordern alle Arbeiter, Kleinmeister und auch alle anderen wahrhaft freisinnigen Männer auf, bei der bevorstehenden Reichstagswahl ihre Stimme zu geben dem Arbeitercandidaten

Wilhelm Hasenclever
in
Berlin.

Mit bestem Genuß

Das Arbeiter-Wahl-Comité.

J. A.:

H. Gts.

Berliner Arbeiter, Handwerker und Kleinbürger!

Der Tag der Reichstagswahl naht heran, der Tag, an welchem wir unsere Interessen vertreten können. Haben wir ein Interesse daran, daß lediglich wohlhabende und reiche Männer als unsere Gesetzgeber fungiren oder solche, welche im Dienste des Kapitals stehen? Hat die Kapitalmacht durch ihre gewaltige Konkurrenz nicht jetzt schon das kleine Handwerk fast ganz unterdrückt? Leiden die Arbeiter nicht fortwährend unter dem Drucke des Kapitals?

Die erste Frage kann man nur mit: Nein! die beiden letzten mit Ja! beantworten.

Und wahrlich, die jüngste Zeit hat uns wiederum genügend gezeigt, wie die Kapitalwirtschaft, unbekümmert um die Noth der Arbeiter, unbekümmert um den Ruin der kleinen Geschäftsleute, auch in Deutschland ihr Unwesen treibt.

Wollen wir nun unsere Hand dazu reichen, daß durch die Gesetzgebung, wie es bisher geschehen ist, diese unselige Macht des Kapitals noch gestärkt werde? Nein, dreimal nein! Lange genug haben wir es mit den Vertretern des Liberalismus, der fortschrittlichen Halbheiten versucht, laßt uns einmal einen wahren Demokraten wählen.

Ein wahrer Demokrat aber streitet nicht allein für die politische Freiheit, sondern auch für die sociale Gleichheit des Volkes. — „Die Freiheit ist eine Lüge, wenn sie nicht die Gleichberechtigung Aller in sich birgt!“

„Freiheit“ haben unsere früheren „Volksvertreter“ immer im Munde geführt, aber leider den Nachsinn im Herzen getragen. Sie haben das Volk nicht vertreten, sondern die Regierungsgewalt und die Kapitalmacht.

Noch im Jahre 1863 verlangte man von Seiten der Fortschrittler die einjährige Dienstzeit für alle Dienstpflichtigen (die Reichen haben die einjährige Dienstzeit schon lange Zeit); jetzt aber erklären diese „Freiheitshebeln“, daß sie trotz des gewaltigen Militär-Etats, der das gesamte Volk in furchtbarer Weise drückt, nicht an den gegenwärtigen Militärkonstitutionen, auch nicht an der dreijährigen Dienstzeit rütteln wollen. Zu einem Verteidigungskriege aber ist eine Volkswehr mit einjähriger Dienstzeit doch mehr als genügend, Eroberungskriege aber sind ein Fluch für alle Völker.

Wie die Fortschrittspartei den Krebsgang in Bezug auf die Militärfrage gemacht hat, so auch bei allen anderen Fragen, welche das Volk besonders berühren. Die Ausbeutung der Arbeitskraft durch einen fortschrittlichen Kapitalisten ist aber ganz bestimmt eben so hart, als die durch einen Reaktionär.

Darum weg mit allen Parteien, welche dem Gözen „Mammon“ dienen, weg mit allen den Parteien, welche nicht die Befreiung der Arbeit vom Joche des Kapitals auf ihre Fahnen schreiben, weg mit denen, welche für die Arbeiter wirken wollen und sich dabei im fortschrittlichen Fahrwasser bewegen!

Wählen wir deshalb einen Mann, der es mit der Freiheit und Gleichberechtigung Aller ernstlich meint, wählen wir einen Demokraten, der zugleich helfen will, das sociale Elend des Volkes aus der Welt zu schaffen.

Und ein solcher Mann ist der Kandidat der Arbeiterpartei

Wilhelm Hasenclever in Berlin.

Nur ihm gebt Eure Stimme, Arbeiter, Kleinbürger und Handwerker, wählet einmal einen Mann aus Eurem Stande; die Reichen, die Professoren und Doktoren mögen ja ihre Stimmen abgeben auf einen Reichen, einen Professor oder Doktor, wir verargen ihnen dies nicht, aber Ihr, aus dem Stande der ewig Gedrückten, gebt Eure Stimme einem Manne, der Eures Gleichen ist, und der da weiß, wo Euch der Schuß drückt.

In Eurem eigenen Interesse, Ihr Männer der Arbeit, Ihr Handwerker und Kleinbürger, stimmt am

10. Januar 1874

einstimmig für

Wilhelm Hasenclever,

damit in Berlin die Demokratie wieder zu Ehren gelangt.

Berlin, den 27. Dezember 1873.

Das Arbeiter-Wahl-Comité.

J. A.: S. Cfs.

Druck von E. Spring's Bwr. (A. Colbathy) in Berlin.

Wahlflugblatt für Wilhelm Hasenclever in Berlin, Reichstagswahl 1874.

Wähler des 6. berliner Wahlkreises.

Die neue Weltordnung der Sozialdemokraten.

Es giebt viel Elend, Noth und Unrecht in der Welt. In dem Streben, dasselbe zu beseitigen oder zu mildern, sind alle menschlich fühlenden und rechtlich denkenden Männer einig. Die Sozialdemokraten haben aber dafür noch ein besonderes Universalrezept, dasselbe heißt:

Konfiskation alles Eigenthums durch den Staat.

Grund und Boden, Haus und Hof, Geld und Gerath, große und kleine Ersparnisse, Alles fällt dem Staat anheim.*) Damit wird der Staat als einziger Besitzer auch der einzige Unternehmer; jede Arbeit, jedes Geschäft auf eigene Rechnung ist ausgeschlossen.

Da der Staat alleiniger Unternehmer wird, so hat alsdann der Arbeiter auch keine Wahl mehr unter den Arbeitgebern. Er verliert ebenso die Wahl des Arbeitszweiges wie des Aufenthaltsortes.

Jeder Bürger muß alsdann dieselbe Arbeit verrichten, welche der Befehl der sozialdemokratischen Staatsbehörde ihm auferlegt.

Lohnstreitigkeiten, Streikes kommen freilich dabei nicht mehr vor. Man kann den Arbeitgeber nicht wechseln, weil es außer dem Staat einen zweiten Arbeitgeber nicht giebt; man kann nicht feiern, weil man nach Konfiskation aller Ersparnisse nichts mehr zuzusetzen hat, sondern aus der Hand in den Mund lebt. Ueberhaupt wird alsdann auch

der Arbeitslohn abgeschafft.

Der Arbeiter bekommt kein Geld mehr in die Hand, weil sonst in Folge von Ersparnissen Privateigenthum mit der Zeit wieder entstehen könnte. Der Arbeiter erhält nur eine Staatsanweisung auf Befriedigung „seiner vernunftgemäßen Bedürfnisse“, wie es in dem sozialistischen Programm heißt. Was seine vernunftgemäßen Bedürfnisse sind, das bestimmt die Staatsbehörde. Die Staatsbehörde, welche dem Arbeiter seine Arbeit vorschreibt, weist ihm auch in

einer großen Kaserne die Wohnung an.

Dieselbe Staatsbehörde bestimmt ebenso genau ob der Arbeiter heirathen darf, weist ihm nebst Familie bestimmte Kleider an, befiehlt was Mittags gekocht werden soll, ordnet wie oft die Wäsche gewechselt werden darf, u. s. w.

Fünf Franken, so hat Herr Bebel unlängst in Königsberg, als er durch Interpellationen gebrängt wurde.**) in dieser Weise den sozialdemokratischen Zukunftsstaat näher zu beschreiben, ausgeführt, werden dann ausreichen, um für 5000 Arbeiter die Menage zu bereiten.

Die Kinder werden natürlich unter Anblich eines jeden elterlichen Beliebens streng nach den Weisungen der Staatsbehörde erzogen.

Ein Erbrecht, wonach den Kindern das zum Vortheil gereichen kann, was die Eltern in einem arbeitsvollen Leben vor sich gebracht haben, kommt nicht mehr zur Geltung.

Dieser sozialdemokratische Zukunftsstaat sieht allerdings einem großen nationalen

Zuchthaus

so ähnlich wie ein Ei dem andern.

Noch halt! ein Unterschied zu Gemüthen des Zuchthausbesizers kann nicht abgeleugnet werden. Auch dem Zuchthäusler, selbst dem lebenslänglich Verurtheilten winkt die Hoffnung auf Freiheit; es ist ihm sogar die Möglichkeit gegeben, durch eifernen Fleiß und Ueberdienenst geringe Ersparnisse aus dem Zuchthaus in das freie bürgerliche Leben mit hinaus zu nehmen. Der Arbeiter im sozialdemokratischen Zukunftsstaat dagegen bleibt angeletzt an diejenige Arbeitsweise und Lebensform, zu welcher ihn die sozialdemokratische Staatsbehörde einmal verurtheilt hat, bis er endlich in dem Normalgrab nach den Vorschriften der Behörde zur Bestattung gelangt.

Eines freilich soll der sozialdemokratische Zukunftsbürger vor dem Häusling und der Spittelfrau voraus haben, er darf ab und zu einen Stimmzettel in eine Urne werfen, auf dem geschrieben steht, wer sein Zuchthausmeister sein soll. Wahrlich eine Scheinfreiheit, noch hohler und bedeutungsloser in dem unfreien Zustande als das Wahlrecht für die Volksovertretung, welches bis vor Kurzem die Soldaten in Reich und Glied besaßen. Wehe den Soldaten, welche nicht nach Parolebefehl wählten!

Aber, sagen die sozialdemokratischen Führer, dieser Verlust der persönlichen Freiheit wird eingetauscht gegen ein sinnlich besseres Leben, gegen bessere Wohnung in unserer großen Kaserne, bessere Kost aus der großen sozialdemokratischen Menage. Ein solches von oben herab bis in allen Einzelheiten von unseren Staatsbehörden geregeltes Leben wird es ermöglichen, die tägliche Arbeitszeit bis auf zwei Stunden zu ermäßigen, nachher — so führte Herr Bebel in Königsberg weiter, aus — lebt jeder der Erholung, dem Gemüthe und — fängt über neue Erfindungen und Verbesserungen der Produktionsweise nach.

An Einbildung und Träumerei ist gewiß das Mögliche geleistet. Aber gesetzt, diese aller thatsächlichen Begründung entbehrenden Phantasien würden Wirklichkeit, können sie den Arbeiter verlocken?

Auch das Kind plaudert dem gefangenen Vogel im Käfig in seiner Einsamkeit vor, wie gut er es habe, wie er für nichts zu sorgen brauche, wie dumm es von ihm gewesen, durch das offen gelassene Thürchen einen Fluchtversuch zu machen. Der dumme Vogel sucht, so lange er noch fliegen kann, tummelt wieder aus dem vergoldeten Käfig in die goldene Freiheit zu entkommen.

*) Kamertl. In dem auf dem sozialdemokratischen Kongress zu Gotha einstimmig angenommenen Programm der sozialistischen Arbeiterpartei heißt es wörtlich: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwindung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die gewerkschaftliche Regelung der Schmararbeit mit gemeinschaftlicher Verantwortung und gerechter Bezahlung des Arbeitsvertrages.“

**) Kamertl. Die sozialistischen Führer haben es zwar sehr, die bestehenden Zustände zu kritisiren und schlecht zu machen, lassen sich aber zu gering darauf achten, als zu zeigen, wie es besser gemacht werden kann.

Arbeiter des sechsten Berliner Wahlkreises!

Au uns tritt nochmals die Frage heran: Wen wählen wir zum Abgeordneten des deutschen Reichstages, wen wählen wir zur Vertretung unserer Interessen?

Wir haben bei der am 27. Januar stattfindenden Wahl nur die Auswahl zwischen zwei Männern, zwischen Schulze-Delitzsch und Hasenclever; alle auf andere Namen lautenden Stimmzettel sind ungültig.

Was erstrebt Schulze-Delitzsch für die Arbeiter?

Antwort: Sparvereine, um durch dieselben, wie er behauptet, eine bessere Regelung der Konsumtion und der Produktion und somit der Arbeiterverhältnisse herbeizuführen.

Sparvereine der Arbeiter! Klingt der Ausdruck nicht fast wie Hohn, wenn man die Noth der Arbeiter allüberall erblickt und weiß, daß dieselben durch ihren Lohn nur die äußerste Lebensnothdurft bestreiten können und daß, wenn einmal eine Zeit lang der Lohn gestiegen, so daß eine kleine Summe zurückgelegt wurde, die folgende Krisis, die Arbeitslosigkeit und somit ein niedrigerer Lohn die ersparten Pfennige wieder zerstreuen?

Durch das Schulze'sche Sparsystem kommt die Arbeiterfrage nicht vorwärts, sie wird vielmehr rückwärts gebracht. — Schulze-Delitzsch ist der größte sociale Reaktionsär.

Durch consequentes Sparen, welches doch nur geschehen kann, wenn die Arbeiter ihre Bedürfnisse einschränken, wird die Produktion in den Geschäftszweigen gehemmt, auf welche sich das Sparen der Arbeiter vorzugsweise beziehen würde. So würde zum Beispiel der Arbeiter an Tabak, Cigarren, an Kleidungsstücken wohl zunächst sparen — was wäre die Folge davon? Es würden weniger Cigarren, weniger Kleidungsstücke angefertigt und binnen kurzer Zeit viele Tausende von Cigarrenarbeitern, Tuchmachern und Schneidern brotlos werden. Diese, durch das Schulze'sche Sparsystem auf die Straße geworfenen Arbeiter wären gezwungen, andere Arbeit zu suchen. Und so geschähe es, daß die Arbeiter durch ihr Sparen sich jene Brodlosen als Konkurrenten geschaffen hätten, die um jeden Preis in anderen Arbeitsbranchen ihre Arbeitskraft anbieten müßten.

„Der Lohn regelt sich nach Angebot und Nachfrage“, sagt Herr Schulze selbst. Bieten sich viele Hände zur Arbeit an, so sinkt der Lohn, und umgekehrt steigt er.

So Herr Schulze! Und deshalb hat das Schulze'sche Sparsystem ein Sinken des Arbeitslohnes zur Folge, und es würde dadurch bewirken, daß das Volk immer weniger Bedürfnisse befriedigen könnte und der Lohn immer tiefer sank.

Das Schulze'sche System würde uns auf die Dauer in die Barbarei zurückführen.

Das Sinken des Lohnes, das Sinken der Bedürfnisse — solches strebt Herr Schulze also an. Ob mit Vorbedacht zu Gunsten des Kapitals, oder aus Unwissenheit, das lassen wir dahingestellt; in beiden Fällen aber ist Herr Schulze nicht fähig, Vertreter der Berliner Arbeiter zu sein, da er gegen das Wohl der Arbeiter wirkt.

Was aber hat die Fortschrittspartei, deren Vertreter Herr Schulze ist, welche im gesetzgebenden Körper in Preußen schon einmal die Majorität hatte, denn für die Arbeiter in der langen Zeit seit 1848 gethan?

Wir wollen die Antwort unverblümt geben: Sie hat mit Herrn Schulze an der Spitze die Bestie des Kapitals immer mehr entfesseln helfen, damit dieselbe das Recht der Arbeit ganz erwürge.

Deshalb hinweg mit der Fortschrittspartei, hinweg mit der Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital. Es lebe die Arbeit und ihr Recht!

Wer diesem Ausruf beistimmt, der wähle am 27. Januar bei der engeren Wahl im sechsten Berliner Wahlkreis

Wilhelm Hasenclever.

Hasenclever ist selbst Arbeiter; er weiß zunächst, wo den Arbeitern der Schmerz drückt, da er drei Jahre lang Lohgerberlehrling und elf Jahre lang Lohgerbergeselle war und als solcher in mehreren großen Fabriken längere Zeit gearbeitet hat.

Durch rastloses Selbststudium, bei guter Schulbildung, hat Hasenclever aber auch diejenige wissenschaftliche Bildung erlangt, die ihn befähigt, im Reichstage die Arbeiter zu vertreten.

Das Vertrauen der deutschen Arbeiter besitzt dieser in hohem Maße; er ist drei Jahre lang Präsident der größten deutschen Arbeiterverbindung, nämlich des Allg. deutschen Arb.-Bereins, und dreimal mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität zu dieser Stellung gewählt. Er war ferner Mitglied des Norddeutschen Reichstages und betheiligte sich bei der Beratung der Gewerbeordnung und vorzugsweise bei der des Wahlgesetzes an den Debatten und Abstimmungen im Interesse der Arbeiter.

Sein Programm ist das Programm der deutschen Arbeiterpartei, welches im großen Ganzen bekannt ist.

Wir wollen aber kurz die Forderungen der deutschen Arbeiter, die Hasenclever auch vertritt, hier anführen:

- 1) Allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht für alle Vertretungen im Reich, Staat und Gemeinde.
- 2) Freie Volksschule; unentgeltlicher Unterricht für alle Schüler, auch in Gymnasien, Realschulen und Universitäten.
- 3) Aufhebung des Druckes der Priesterschaft der evangelischen sowohl, als der katholischen Konfession.
- 4) Freie Advokatur und Gerichtspflege.
- 5) Aufhebung der indirekten Steuern. Einführung der progressiven Einkommensteuer, damit die Armuth entlastet, der Reichtum aber belastet werde.
- 6) Alle Verträge.

Erste Seite des Stichwahlflugblattes zu Gunsten Wilhelm Hasenclevers.

(Reichstagswahl 1874)

An die Reichstagswähler Berlins!

Der deutsche Reichstag ist seitens der Regierung aufgelöst und Neuwahlen zum 30. Juli d. J. angesetzt.

Der traurige Anlaß, welchen die Regierung benötigte, um die Auflösung herbeizuführen, ist bekannt. Ein entweder wahnsinniger oder moralisch total verkommener Mensch aus den sogenannten besseren Gesellschaftsklassen hat auf den 81jährigen deutschen Kaiser ein Attentat ausgeführt, dessen Verlauf und Folgen wir alle kennen.

Was nun ein Glöckerl verbrochen, die Nation soll es büßen, ja noch mehr, was ein Mitglied unserer „oberen“ Gesellschaftskreise ausgeübt, die Partei der Armen und Enterbten, sie soll dafür rechtlos gemacht werden.

Ausnahme-Gesetze gegen die Social-Demokratie! Das ist der Schlachtruf, unter dessen Klängen die Regierung und fast alle übrigen Parteien in den Wahlkampf ziehen.

Ohne daß man bis jetzt den leisesten Anhalt hat, daß der Mordbube mit der Social-Demokratie irgend welche Verbindung hatte, will man doch letztere bereits für ein Verbrechen büßen lassen, für das Niemand verantwortlich gemacht werden kann als der Thäter selbst. Ist das gerecht? Kann ein ehrlicher Mann einem solchen Verfahren zustimmen?

Die Regierung will aber nicht blos Ausnahme-gesetze gegen die Socialdemokraten, sie hat auch noch andere Pläne.

Unser in's Ungeheuere ausgebildete Militärapparat verschlingt, Jahr um Jahr, steigend, Millionen und Hunderte von Millionen, die Kräfte des Volkes beginnen unter diesem ungeheueren Drucke zu erlahmen, unsere Gewaltthaber aber wollen den Militarismus nicht beschränken.

Um nun die nöthigen Mittel aufzubringen, sollen Hunderte von Millionen neuer Steuern vom Volke aufgebracht werden und, da man nicht den Muth hat, diese Opfer direct zu fordern, so will man den Zweck erreichen durch die Einführung des Tabakmonopols, Einführung von Finanzzöllen und die Erhöhung der indirecten Steuern.

Währenddem man aber darüber brütet, neue Steuern ausfindig zu machen, welche wesentlich von den unteren Schichten des Volkes getragen werden müssen, sucht man zu gleicher Zeit die politischen Rechte dieser Volksschichten mehr und mehr zu verkümmern.

Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zum Reichstag beschränkt werden soll.

Bürger, Arbeiter! Könnt Ihr ein solches Beginnen unterstützen, wenn noch ein Tropfen demokratischen Blutes in Euren Adern rollt?

Am 30. Juli wird Euch Gelegenheit gegeben, der Reaktion auf ihre klisterten, volksfeindlichen Pläne Antwort zu geben.

Die Regierung appellirte an „das Gewissen der Nation“; die Regierung soll eine gewissenhafte Antwort haben. Diese Antwort aber lautet:

Keine Ausnahme-gesetze; keine Vermehrung der Steuerlasten, sondern Minderung derselben; kein Monopol, wohl aber Hebung und Schutz der Industrie, und Verbesserung des Looses der werththätigen Klasse; keine Erneuerung des Militärseptennats, sondern Wahrung des Budgetrechtes des Reichstags und Minderung der Militärlasten überhaupt; keine Verkümmern des allgemeinen Wahlrechts, sondern Ausdehnung desselben auf die Landtage und Gemeinden; keine Beschränkung der politischen Freiheiten, sondern Ausbau derselben nach den Prinzipien der Gerechtigkeit.

Dies unser Programm; dies unsere Antwort auf die Frage der Regierung.

Bürger, Arbeiter! Wollt Ihr mit uns die
selbe Antwort geben, so wählt die Kandidaten, welche
wir Euch vorschlagen. Es sind keine neuen Namen,

welche wir nennen, sondern alte, erprobte Streiter für
des Volkes Rechte.

Wir schlagen Euch vor: für den

- 1. Wahlkreis: Johann Most, Redacteur.**
- 2. " August Baumann, Schriftfeger.**
- 3. " Heinrich Rackow, Buchhändler**
- 4. " F. W. Fritzsche, Cigarren-Fabrikant.**
- 5. " Otto Kapell, Zimmerer.**
- 6. " Wilhelm Hasenclever, Redacteur.**

Bürger, Arbeiter! Dies unsere
Kandidaten; dies unser Wahlprogramm.
An Euch wird es sein, zu entscheiden.

Wer es ist nicht genug, am Wahltag seine Stimme
für einen der oben genannten Kandidaten abgeben
zu wollen, es muß vorher schon dafür gesorgt
werden, daß man seine Stimme am Wahltag auch
abgeben kann.

Nach von den verschiedensten Seiten eingehenden
Berichten haben eine große Anzahl von Hausbesitzern
die Wahllisten den im Hause wohnenden
Wählern nicht vorgelegt, außerdem aber
Wähler, welche keine eigene Wohnung haben, als da
sind: Schlafburgen, Chambre-Garnisten u. überhaupt
nicht in die Listen eingetragen.

Wer aber am Wahltag nicht in den
Listen steht, kann sein Wahlrecht nicht
ausüben.

Welche Fehler aber bei Aufstellung der Listen
unterlaufen können, und welche Folgen dies haben
kann, das haben uns Vorkommnisse im sechsten Wahl-
kreis bei den vorigen Wahlen gezeigt. Solches darf
dieses Mal nicht wieder vorkommen; es kann aber
nur vermieden werden, wenn die Wähler selbst
die Wahllisten kontrolliren und sich von der
Richtigkeit derselben überzeugen.

Nach einer vom Magistrat erlassenen Bekannt-
machung werden die Wählerlisten am 2., 3., 4. und
5. Juli d. J., von Vorm. 9 bis Nachm. 2 Uhr, bei
den Herren Bezirksvorstehern und vom 6.—9. Juli
an den Wochentagen von Vorm. 9 bis Nachm. 3 Uhr
und am Sonntage von Vorm. 11 bis Nachm. 2 Uhr
an den nachstehend bezeichneten Orten auslegen:

1. Wahlkreis: Turnhalle Neue Friedrichstraße 32.
2. " " Wilhelmstraße 117.
3. " " Schmidtstraße 38.
4. " " Krautsstraße 43.
5. " " Ziegelstraße 8.
6. " " Adlerstraße 28a.

Das socialdemokratische Central-Wahl-Comité.

C. Anders, Stepper. Fr. Schiele, Schriftfeger. C. Dastig, Sattler. F. Eas,
Cigarrenfabrikant. Fischer, Böttcher. C. Greifenberg, Schriftfeger.

Verantwortlich: C. Dastig in Berlin. — Druck der Allg. deutschen Associations-Buchdruckerei zu Berlin.

An die Wähler des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Der 21. Februar soll ein Tag von außerordentlicher Bedeutung werden. Die Regierung hat ans Volk appellirt gegen den Reichstag. Wenn ihr das Volk Recht giebt, so wird sie das benutzen. Man weiß, wie Fürst Bismarck seine Chancen ausnützt. Auf Jahrzehnte werden die Wirkungen politisch, moralisch und finanziell tief in unser Leben eingreifen.

Man sagt, äußere Gefahren bedrohen Deutschland, und der Reichstag verweigert der Regierung die Mittel um das Vaterland zu schützen.

Der Reichstag hat der Regierung keinen Mann und keinen Groschen abgeschlagen. Alles Geforderte ist bewilligt. Der Reichstag hat sich nur das Recht vorbehalten, nach drei Jahren auf's Neue zu prüfen, ob dann noch ein fernerer Bestand der erhöhten Rüstung nötig ist. Nach der Verfassung ist es sein Recht, dies jedes Jahr zu thun. Aus besonders vertrauensvollem Entgegenkommen gegen die Regierung verzichtet er für drei Jahre auf dies Recht, — zur Antwort löst die Regierung ihn auf, weil er nicht für sieben Jahre gleich verzichten will.

Dadurch beraubt sich die Regierung des ihr vom Reichstage gebotenen Rechts, die Armeer vermehrung sofort einzuführen, und befundet so durch ihr Thun, daß die angeblichen Kriegsgefahren nichts als blauer Dunst sind denn sie handelt ja nach dem Sage: Mit den Rüstungen hat es keine Eile. Solche Kriegsgefahren tauchen immer auf, wenn die Regierung mehr Geld und Mannschaft haben will.

Fürst Bismarck hat denn auch einen tiefer liegenden Grund der Auflösung angegeben. Er erkläre: Es handelt sich um „Parlamentsherr“ oder „kaiserliches Heer“. Der Reichstag, meint er, will das Heer von sich abhängig machen; es muß aber vom Kaiser abhängig sein.

Aber auch damit ist noch nicht der wahre Grund des Konflikts richtig bezeichnet. Der Reichstag denkt gar nicht daran, das Heer von sich abhängig zu machen. Ein „Parlamentsherr“ kann es in Deutschland gar nicht geben; dazu ist der Reichstag ein viel zu schwächliches Parlament. Nicht der Reichstag sucht seine Vollmacht auszubehnen, sondern die Regierung thut es. Ist das Heer erst unbedingt ein „kaiserliches“, ist des Reichstages Recht, über die Heeresfragen mitzureden, gänzlich beseitigt, dann ist der Reichstag selbst bedeutungslos, und die 1871 beschlossene Reichsverfassung ganz ein tochter Buchstabe. Und das bezweckt die Regierung gerade.

Deutschland soll in eine absolute Monarchie nach dem Vorbilde Rußlands verwandelt werden — das ist seit 1863 das mit jähzähliger Konsequenz verfolgte Streben Bismarcks, Flug verhält für die große Menge durch scheinbar freisinnige Konzeptionen. Jetzt, in diesen Tagen, soll dies Streben der Erfüllung einen großen Schritt näher gebracht werden, indem mittelfst eines gefügigen Reichstages die Höhe der Militärlast für immer dem Belieben des Kaisers ausgeliefert wird. Daraus folgt, daß dann auch Steuerquellen in beliebig zu erweiterndem Umfang dem Kaiser ohne Kontrolle zur Verfügung gestellt werden müssen. Damit aber die Volksvertretung nie wieder unbequem werden kann, soll dann auch mittelfst des gefügigen Reichstages das Wahlrecht bis zur Worthlosigkeit

verflümmelt werden, nachdem er als Lockspeise für das leicht zu bethörende Volk bei der Gründung des deutschen Reiches hat dienen müssen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan der Mohr kann gehen.

Die Lage ist ähnlich wie 1878. Damals hieß es bei den Wahlen: Schutz gegen die Socialdemokratie. Damit bekam man einen gefügigen Reichstag. Daß derselbe das bekannte Ausnahmegesetz beschloß, das war für die Regierung das Wenigste. Aber die indirekten Steuern wurden um 174 Millionen Mark jährlich erhöht! Das war der Mühe werth, namentlich für die Herren Gutsbesitzer und Großindustriellen, welche dabei im Trüben fischten. Doch der Appetit wurde damit nicht gestillt. Das Tabakmonopol sollte 16,000 Privatgeschäfte ruiniren, den Tabak der kleinen Leute um das Vierfache vertheuern und verschlechtern, und dem Reiche 200 Millionen Mark jährlich einkringen, das Branntweinmonopol sollte jährlich 310 Millionen Mark aufbringen, 250 Millionen Mark für das Reich und 60 Millionen Mark als gute Beute für die Taschen der adeligen Schnapsbrenner. Der Reichstag schlug es ab. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wenn jetzt ein gefügiger Reichstag dem Kaiser, auf lange Zeit das Recht giebt, die Militärlast nach Belieben hinaufzuschrauben, dann müssen die Monopole wieder her. Ganz offen hat Minister Scholz am 30. November 1886 im Reichstag ausgesprochen, daß die Regierung etwa 350 Millionen Mark Steuern jährlich mehr haben will, also etwa 35 Mark jährlich von jedem Hausstande mehr als jetzt. Dazu sollen ihr diese Wahlen verhelfen. Und wer soll die Last tragen? der kleine Bürger; und namentlich der Arbeiter soll verhältnismäßig weit höher belastet werden, als der Wohlhabende — denn es sind indirekte Steuern.

Und wozu das? Nicht, wie man vorgiebt, um uns die Segnungen des Friedens zu erhalten, denn das sieht ja Jeder, daß die in's Ungeheuerliche gesteigerten Rüstungen den schrecklichen europäischen Krieg geradezu an den Haaren herbeiziehen. Nein diese furchtbare materielle Belastung des Volks hat allein den Zweck, dem Volke seinen Nacken zu brechen, das ganze Volksleben von der allmächtigen Kaisergewalt in Berlin total abhängig zu machen. Jede Heeresvermehrung, jede Steuererhöhung, jede Pinabdrückung der Lebenshaltung ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu diesem sauberen Ziele.

Man sucht die guten Herzen zu rühren indem man an die Kriegskammerabschafft von 1870/71 erinnert, und es als etwas Schlechtes hinstellt, wenn dem alten, fast neunzigjährigen Kaiser Wilhelm jetzt von seinen Deutschen entgetren wird, die er nach Versailles geführt hat. Oder man streicht Bismarcks Kunst als Staatsmann heraus und meint, vor der müsse man sich beugen. Wir antworten: Bismarcks Kunst als Staatsmann soll uns grade dazu antreiben, recht energisch ihm entgegen zu treten, denn die Zwecke, nach welchen dieser schlaue und eitle, gelb- und herrschsüchtige Mann trachtet, sind der Wohlfahrt des deutschen Volkes gerade entgegen gesetzt. An die Kriegskammerabschafft bei ersten Entschlüssen zu erinnern, hätte aber doch nur Sinn, wenn es sich nicht um Angelegenheiten des ganzen Volkes sondern um An-

gelegenheiten der Kaserne handelte. Die Reaktionsäre freilich wollen ganz Deutschland in eine große Kaserne verwandeln. Darum wechseln sie auch Kaserne und Vaterland und zeigen so recht deutlich, was wir zu erwarten haben, wenn am 21. Februar die Reaktion siegt.

Ja, eine große Kaserne soll Deutschland werden. Alle Geschäfte, aller Handel und Wandel, alle Bildung und Geistesthätigkeit soll in Samaschen eingesehnet und von höheren oder niederen Unteroffizieren dirigiert werden. Das Ideal des Lebens soll der stumme Gehorsam des Sklaven im bunten Rock sein. Der Mensch soll zur Maschine herabgewürdigt werden, Uns kommt das noch fremdartig und entehrend an; siegt die Regierung, dann werden unsere Kinder in einer solchen Atmosphäre aufwachsen, daß sie diese Erniedrigung als etwas ganz Natürliches hinnehmen.

Das ist die Zukunft, welcher uns jeder Sieg der Regierung näher bringt.

So liegt die Sache. Wer noch ein Fünkchen Selbstachtung als Mann im Leibe hat, kann nicht anders, als am 21. Februar so oppositionell wie möglich wählen.

Entschieden oppositionell wählt aber nur, der socialdemokratisch wählt.

Die Deutschfreisinnigen flüchten an Einzelheiten herum, scheuen sich aber, mit Entschiedenheit und Klarheit in den großen Kampf um Fürstenmacht oder Volksfreiheit einzutreten. Darum sind sie auch nur halbe und unzuverlässige Kämpfer für die Volksfreiheit.

Und wie haben sie sich zu den großen Fragen im Reichstage gestellt? Als rechte Vertreter der Volksfreiheit hätten sie die jetzt geforderte Militärerhöhung überhaupt nicht bewilligen müssen, denn jede Bewilligung derart stärkt den Despotismus. Zum Schutze des Vaterlandes und der Freiheit zugleich würde ein wirkliches Volksheer dienen. Davon wollen sie aber nichts wissen, weil sie mit ihrer ganzen Sympathie noch an der jetzigen Spießbürgerwelt hängen. Darum sind sie auch unzuverlässig in Sachen des Socialistengesetzes. Und auch diese große Frage kommt im nächsten Reichstage wieder vor.

Voll und ganz wird die Volksfreiheit nur durch die Socialdemokraten vertreten. Daß diese Partei frei ist von dem gehässigen Unsinne, den die Gegner, deutschfreisinnige so gut wie conservativen und nationalliberalen ihr gelegentlich anzulügen pflegen (Theilen, Weibergemeinschaft, Abschaffung des Staates, Aufhebung alles Rechtsschutzes, Zwangsregelung des ganzen Lebens, Vergewaltigung der Religionsgesellschaften, Vernachlässigung von Kunst und Wissenschaft u. s. w.) braucht hier nicht weiter versichert zu werden. Das Unterscheidende bei dieser Partei ist, daß sie den Gedanken der Volksfreiheit bis in seine letzten Konsequenzen vertritt, zu denen es natürlich ganz besonders gehört, daß ein Jeder frei werde auch

von der ökonomischen Abhängigkeit, in die ihn die jetzige wilde und planlose Produktionsweise bannt. Ohne solche ökonomische Befreiung würde auch eine rein politische Befreiung gar nicht durchzuführen sein. In beiden Richtungen kämpfen die Vertreter der Socialdemokratie im Reichstage und werden es auch ferner thun, ohne Kompromiß mit der Gerechtigkeit, aber stets bereit, auch bei dem geringsten praktischen Fortschritt mitzuhelfen, damit unser ganzes Volk einem glücklichen und ehrenvollen Dasein immer mehr zugeführt werde.

Welche Partei darf mit so gerechtem Stolz auf ihre Vergangenheit zurückblicken, wie die socialdemokratische! Denkt daran, wie unter einer Fluth von Verleumdung und Hohn sich vor 25 Jahren die ersten schwachen Anfänge bildeten! Auch der Verständige und Wohlmeinende mußte eine schlechte Vorstellung bekommen von den vermeintlich „faulen und nichtsnutzigen Strolchen“, denen in der ganzen Presse und an allen Bierbänken so viel Schlechtes nachgesagt wurde. Und jetzt? Mit eiserner Energie, mit jäher Geduld, und allgemein bewunderten Klugheit haben die „faulen, nichtsnutzigen Strolche“ eine Verfolgung ausgehalten, wie sie noch keiner großen Partei in Deutschland beschieden wurde, haben mitten in der Verfolgung finanziell, organisatorisch, agitatorisch die großartigste Arbeit verrichtet, haben dabei ihre Zahl so erweitert, daß schon jetzt, unter dem Druck des Ausnahmegesetzes, über eine halbe Million Stimmen bei der Reichstagswahl ihnen zufällt, und haben damit die sichere Gewißheit gewonnen, daß ihnen die Zukunft gehört. Nicht nach der Betrübnis sinnloser Phantasien trachten sie, wie die Gegner lügen, sondern nach einer Neugestaltung von Staat und Gesellschaft, zu der die Keime schon in der Gegenwart enthalten sind, und die nach der Natur früher oder später doch eintreten wird, einerlei, ob Ihr dazu mithelft oder träge und mürrisch dem Sonnenaufgang den Rücken lehrt, der Euch doch auch zu Gute kommt. Wenn Ihr solche Trägheit als unwürdig verabscheut, dann bethätigt das am 21. Februar, indem Ihr im 8. Berliner Reichstags-Wahlkreise Eure Stimme abgebt für unseren Kandidaten

Wilh. Hasenclever

Schriftsteller in Dessau.

Sorgt als wackere Männer dafür, daß in diesem hervorragend wichtigen Wahlkampfe dem Absolutismus der Uebermuth gebrochen, die Partei der vollen und ganzen Volksfreiheit aber durch neue Siege gekräftigt werde, zu Eurer Ehre und Ehre!

Es lebe die Socialdemokratie! Es lebe das freie Deutschland!

Verlag und verantwortlich Wilhelm Ferrel, Bandelstr. 11.

Flugblatt für den 6. Wahlkreis zur Reichstagswahl 1887

Social-Politisches Wochenblatt.

Reaktion und Exposition:
S. 128. - 129. - 130. - 131. - 132. - 133. - 134. - 135. - 136. - 137. - 138. - 139. - 140. - 141. - 142. - 143. - 144. - 145. - 146. - 147. - 148. - 149. - 150. - 151. - 152. - 153. - 154. - 155. - 156. - 157. - 158. - 159. - 160. - 161. - 162. - 163. - 164. - 165. - 166. - 167. - 168. - 169. - 170. - 171. - 172. - 173. - 174. - 175. - 176. - 177. - 178. - 179. - 180. - 181. - 182. - 183. - 184. - 185. - 186. - 187. - 188. - 189. - 190. - 191. - 192. - 193. - 194. - 195. - 196. - 197. - 198. - 199. - 200. - 201. - 202. - 203. - 204. - 205. - 206. - 207. - 208. - 209. - 210. - 211. - 212. - 213. - 214. - 215. - 216. - 217. - 218. - 219. - 220. - 221. - 222. - 223. - 224. - 225. - 226. - 227. - 228. - 229. - 230. - 231. - 232. - 233. - 234. - 235. - 236. - 237. - 238. - 239. - 240. - 241. - 242. - 243. - 244. - 245. - 246. - 247. - 248. - 249. - 250. - 251. - 252. - 253. - 254. - 255. - 256. - 257. - 258. - 259. - 260. - 261. - 262. - 263. - 264. - 265. - 266. - 267. - 268. - 269. - 270. - 271. - 272. - 273. - 274. - 275. - 276. - 277. - 278. - 279. - 280. - 281. - 282. - 283. - 284. - 285. - 286. - 287. - 288. - 289. - 290. - 291. - 292. - 293. - 294. - 295. - 296. - 297. - 298. - 299. - 300. - 301. - 302. - 303. - 304. - 305. - 306. - 307. - 308. - 309. - 310. - 311. - 312. - 313. - 314. - 315. - 316. - 317. - 318. - 319. - 320. - 321. - 322. - 323. - 324. - 325. - 326. - 327. - 328. - 329. - 330. - 331. - 332. - 333. - 334. - 335. - 336. - 337. - 338. - 339. - 340. - 341. - 342. - 343. - 344. - 345. - 346. - 347. - 348. - 349. - 350. - 351. - 352. - 353. - 354. - 355. - 356. - 357. - 358. - 359. - 360. - 361. - 362. - 363. - 364. - 365. - 366. - 367. - 368. - 369. - 370. - 371. - 372. - 373. - 374. - 375. - 376. - 377. - 378. - 379. - 380. - 381. - 382. - 383. - 384. - 385. - 386. - 387. - 388. - 389. - 390. - 391. - 392. - 393. - 394. - 395. - 396. - 397. - 398. - 399. - 400. - 401. - 402. - 403. - 404. - 405. - 406. - 407. - 408. - 409. - 410. - 411. - 412. - 413. - 414. - 415. - 416. - 417. - 418. - 419. - 420. - 421. - 422. - 423. - 424. - 425. - 426. - 427. - 428. - 429. - 430. - 431. - 432. - 433. - 434. - 435. - 436. - 437. - 438. - 439. - 440. - 441. - 442. - 443. - 444. - 445. - 446. - 447. - 448. - 449. - 450. - 451. - 452. - 453. - 454. - 455. - 456. - 457. - 458. - 459. - 460. - 461. - 462. - 463. - 464. - 465. - 466. - 467. - 468. - 469. - 470. - 471. - 472. - 473. - 474. - 475. - 476. - 477. - 478. - 479. - 480. - 481. - 482. - 483. - 484. - 485. - 486. - 487. - 488. - 489. - 490. - 491. - 492. - 493. - 494. - 495. - 496. - 497. - 498. - 499. - 500. - 501. - 502. - 503. - 504. - 505. - 506. - 507. - 508. - 509. - 510. - 511. - 512. - 513. - 514. - 515. - 516. - 517. - 518. - 519. - 520. - 521. - 522. - 523. - 524. - 525. - 526. - 527. - 528. - 529. - 530. - 531. - 532. - 533. - 534. - 535. - 536. - 537. - 538. - 539. - 540. - 541. - 542. - 543. - 544. - 545. - 546. - 547. - 548. - 549. - 550. - 551. - 552. - 553. - 554. - 555. - 556. - 557. - 558. - 559. - 560. - 561. - 562. - 563. - 564. - 565. - 566. - 567. - 568. - 569. - 570. - 571. - 572. - 573. - 574. - 575. - 576. - 577. - 578. - 579. - 580. - 581. - 582. - 583. - 584. - 585. - 586. - 587. - 588. - 589. - 590. - 591. - 592. - 593. - 594. - 595. - 596. - 597. - 598. - 599. - 600. - 601. - 602. - 603. - 604. - 605. - 606. - 607. - 608. - 609. - 610. - 611. - 612. - 613. - 614. - 615. - 616. - 617. - 618. - 619. - 620. - 621. - 622. - 623. - 624. - 625. - 626. - 627. - 628. - 629. - 630. - 631. - 632. - 633. - 634. - 635. - 636. - 637. - 638. - 639. - 640. - 641. - 642. - 643. - 644. - 645. - 646. - 647. - 648. - 649. - 650. - 651. - 652. - 653. - 654. - 655. - 656. - 657. - 658. - 659. - 660. - 661. - 662. - 663. - 664. - 665. - 666. - 667. - 668. - 669. - 670. - 671. - 672. - 673. - 674. - 675. - 676. - 677. - 678. - 679. - 680. - 681. - 682. - 683. - 684. - 685. - 686. - 687. - 688. - 689. - 690. - 691. - 692. - 693. - 694. - 695. - 696. - 697. - 698. - 699. - 700. - 701. - 702. - 703. - 704. - 705. - 706. - 707. - 708. - 709. - 710. - 711. - 712. - 713. - 714. - 715. - 716. - 717. - 718. - 719. - 720. - 721. - 722. - 723. - 724. - 725. - 726. - 727. - 728. - 729. - 730. - 731. - 732. - 733. - 734. - 735. - 736. - 737. - 738. - 739. - 740. - 741. - 742. - 743. - 744. - 745. - 746. - 747. - 748. - 749. - 750. - 751. - 752. - 753. - 754. - 755. - 756. - 757. - 758. - 759. - 760. - 761. - 762. - 763. - 764. - 765. - 766. - 767. - 768. - 769. - 770. - 771. - 772. - 773. - 774. - 775. - 776. - 777. - 778. - 779. - 780. - 781. - 782. - 783. - 784. - 785. - 786. - 787. - 788. - 789. - 790. - 791. - 792. - 793. - 794. - 795. - 796. - 797. - 798. - 799. - 800. - 801. - 802. - 803. - 804. - 805. - 806. - 807. - 808. -

Zinssatz unter 4 (vier) Proz. Jahr über dem Basis mit 20 Proz. Garantiert. — Bonusschlag: 15 Proz.
— Kreditschlag: 10 Proz. — Zinssatz-Garantie in der Kreditlinie: Bonusschlag 25.

Kategorie für Speliterre
„Darius“ Zimmer-Glocke 66

III. Jahrgang.

Politische Nachrichten. — Gesellschaftliches. — Vereine und Versammlungen.

Die „Freiheitskämpfer“ beschuldigen die Frage zu ihrem
schwersten Akt, dann aber nicht umhin, den unheimlichen
Gentlemen des Reiches einige derbe Worte zu sagen. Es heißt da u. a.:

Welche rechtliche Seite der Streit der Sozialisten mit
 den Kirchen Diktator werden. Das stimmt ja, bei der
 Regel in jeder Regel Ausnahmefälle sehr schön. Die
 par „Glaubten Gott“ schenken, und man will, wie Gott
 den Streit der Sozialisten gegen den Sozialismus be-
 „Gegen die: selbständige und profane Eigentum...“
 liegt er „in der Streit der Sozialismus nicht ohne
 Berücksichtigung...“

[illegible]

„Das sind die Grundsätze, welche die kommunistische Partei Deutschlands einigestanden. Was sind die Arbeitsmethoden und die Organisationscharaktere und dann darüber, daß ich Aufforderung zur Arbeitseinstellung erlasse, das ist die kommunistische Organisations- Richtung des Arbeiterbewegung und das ist die letzte Forderung, die nicht vorher in dem Gewissen der Arbeiter stehen kann. . . . Die Arbeiter gehen dann los und bringen — ein Stück — ein Stück unendlich kleinen Teil — aber die Arbeitszeit ist doch für die Arbeiter ein großer Gewinn.“

Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz“, ein Schnitzblatt, wendet sich weniger an die Regierung als an die Kapitalisten selber. Sie meint, auch, auch für diese Offenheit habe nur zu danken.

Diese Löhne haben offenbar nicht das Geringste Schmeißel mehr in sich: möglicher ist auf der einen Seite verlangen, das der Arbeitern das Streikgeld genommen werde, weil die Industrie keine langen Störungen vertragen könne — jedoch ist auf der anderen Seite die Unternehmung, die Streik und die Störungen zu verlangsamen, um der Arbeit den Fuß zu heben und den Arbeiter seinen Lohn zu erhalten.

[illegible]

1

[illegible]

Sowohl war das Jozoid als das Jazung anerkennend für die Kapitalisten in gewinnbringender Beziehung und eben so noch unter den gewinnbringenden Jazung. Das Jazung ist begünstigt und nicht so, sowohl das bei dessen wirtschaftlicher Kraft und seiner Jazungsfähigkeit möglich ist, sondern das Jazung der Kraft unter den Jazungsfähigen Beziehungen und in der Jazungsfähigen Umgebung, und durch das Jazung

geb. 13. April, 1887 zu Kienberg

So zu unserer und Eilhelm's Beziehung in den
 letzten Thaumaturgen seinen Freunden Rappeler und Frider
 georg; nur war es ihm — wie er selber wohl ge
 wußt — nicht befallenen, ihm vielmehr die pure letzte Willkür
 anzuvertrauen: die thörichte Schmeichelei, die ihm bereits selber
 nach dem Willen seiner Willkürer und nach dem Lichte
 der thörichte Willkür; er geübte Umarmung sich und her er
 sie wieder annehmen sollte.

In allen Embryonen findet sich derselbe Keim, in Fisch und Geflügel, unter tierischen Gattungen und Menschen ist dann der Unterschied in dem politischen Instinkt zu fühlen. Das er in den letzten Stufen — als einer der höchsten und gewaltigsten Geisteskräfte — der civilisierten und unentwickelten Völkerwelt — der Gesellschaften unter, das sollen alle beständigen Kräfte mit eigener Erfahrung.

Sie war nur der Frieden des Lebens schuldig — wir werden den Freunden des Friedens erlauben und es ihnen Ringen wage und sein Dasein selbst erfinden vorzuführen.

Die Verdringung findet am Sonntag Vormittag
Uhr von der Zeichenhalle des Friedhofes be-
streitlichen Gemeindegemeinde aus statt.

Auf die Schanzen!

Nachdem euer bisheriger Vertreter euch durch schwere Krankheit entrisen worden, ist es nun wieder an euch, **Mitbürger, Arbeiter, Handwerker**, in glänzender Weise zu zeigen, daß ihr trotz aller Versuche, euch mundtot zu machen, **die alten braven Freiheitskämpfer** geblichen seid, und daß ihr mehr als je eine **Macht** bildet, mit der alle Parteien — mögen sie noch so einflußreich und begünstigt sein — rechnen müssen.

Einen treuen, mannhaften Verteidiger eurer Forderungen und Interessen hat ein grausam unerbittliches Geschick aus euren Reihen gerissen. Nun ist euch wiederum die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, auf euren starken Schultern einen **Mann** emporzuheben, einen anderen, kühnen Kämpfer für des Volkes Rechte in den Reichstag zu senden, um der täglich anschwellenden Reaktion ein Halt zu gebieten, um euch eine freiere Gegenwart, euren Kindern aber eine glückliche, sorgelose Zukunft zu bereiten.

Arbeiter und Handwerker! Tragt ihr noch einen Augenblick Zweifel, daß euer Erwählter von allen euch heute Genannten kein anderer sein kann, als

Schriftsteller Wilhelm Liebknecht

in Borsdorf bei Leipzig,

der Kandidat der Sozialdemokratie.

Seid Ihr noch unschlüssig, so blickt offenen Auges um euch und gebt euch Rechenschaft, welch' unheilvolle Rolle alle bürgerlichen Parteien im Leben des besitzlosen Volkes, der überwältigenden Mehrheit der ganzen Nation spielen.

Ihr habt Euch der Reaktion und ihren Schützern — von den frommelnnden, das „gemeine“ Volk hassenden Stodkonserwativen an bis hinab zu den charakterlosen servilen Nationalliberalen — von jeher muthig und unerschrocken entgegengeworfen. Aber wenn Euer Widerwille gegen den politischen und wirtschaftlichen Rückschritt noch einer Steigerung fähig gewesen wäre, er hätte infolge der Ereignisse der allerletzten Zeit noch wachsen müssen. Ihr schwachtet seit nahezu zehn Jahren unter einem harten Ausnahmegezet — die Reaktion will seinen Fortbestand, ja sogar seine Verschärfung. Ihr wollt eine gerechtere Vertheilung der öffentlichen Lasten — die Reaktion entlastet durch die fortgesetzte Steigerung der indirekten Steuern unaufhörlich den bevorrechteten Besitz, während sie Euch weiter und weiter überbürdet. Ihr wollt als freie Männer Euer Schicksal selber bestimmen — die Reaktion möchte die politische Gewalt mehr und mehr einer reichen und privilegierten Minderheit in die Hände spielen.

Der deutsche Freisinn aber hat nicht die Kraft und nicht den Willen, diesen kultur- und freiheitsfeindlichen Bestrebungen thatkräftig Halt zu gebieten. Er ist mehr und mehr zu einer Partei der bloßen oppositionellen Phrase geworden und zeigt sich immer in seiner ganzen innerlichen Jämmerlichkeit, wenn er seine Worte in Thaten umsetzen soll. Die Interessen des Besitzes, von denen er beherrscht wird, verbieten es ihm, dem besitzlosen Volke mehr als nur scheinbare Erfolge zu wünschen. Der Freisinn umschmeichelt Euch wohl in Wahlzeiten, um Eure Stimmen zu gewinnen, im Stillen aber haßt und fürchtet er euch Arbeiter und Kleingewerbetreibende nicht minder, als es die Konserwativen thun.

Dagegen bietet euch die Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiet die Bürgschaft einer gründlichen Sozialreform, welche den gewissenlosen Uebergriffen des Kapitals Fegel anlegt, welche euch soviel arbeitsfreie Zeit verschafft, wie ihr sie als Bürger des Staates, als Eatten und Väter und als denkende Menschen überhaupt braucht, eine Sozialreform, welche eure Weiber und Kinder vor kapitalistischer Ausbeutung schützt.

Regelung der Gefängnißarbeit, Schutz der Frauen und Unernwachsenen, Koalitionsfreiheit, Normalarbeitslag, das ist es, was euch der Sieg der Sozialdemokratie heute schon verbürgt, und auf diesen Errungenschaften würden sich dann weitere Erfolge aufbauen lassen, bis ihr endlich alle Früchte eurer Arbeit erntet, ohne vom Kapital übervorteilt zu werden.

Auf politischem Gebiete aber kämpft die Sozialdemokratie für volle und gleiche Freiheit aller Bürger, für allgemeines, gleiches Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe, für volle Freiheit der Versammlung, der Rede und der Presse, für volle Unentgeltlichkeit alles Unterrichtes (nicht nur in der heute so sträflich vernachlässigten Elementarschule), um auch den Armen alle Schätze der Bildung zu erschließen — was dereinst ja auch die bürgerliche Demokratie fordernte, was sie aber heute, in der entarteten Gestalt des deutschen Freisinns, nicht mehr zu fordern wagt.

Arbeiter und Handwerker! Könnt ihr nach diesem noch einen Augenblick zweifelhaft sein, wo euer Platz in der kommenden Wahltschlacht ist? Wollt ihr, indem ein bürgerlicher Kandidat steigt, selbst die Hand dazu bieten, daß man euch immer mehr zurückdrängt und rechtlos macht? Oder wollt ihr mitarbeiten an dem großen Werke der politischen und sozialen Befreiung des Volkes?

Darum steht am 30. August alle treu zum Banner der Sozialdemokratie! Je größer die Macht der Reaktion geworden ist, je mehr sie alle Kräfte zusammenrafft, um euch in Elend, in politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu erhalten, um alle eure gerechten Forderungen zu unterdrücken — um so mehr bedarf es der Mä n n e r zu eurer Vertretung.

Ein ganzer Mann aber ist — das hat sein festes, muthiges Verhalten inmitten aller Verfolgungen bewiesen —

der Kandidat der Sozialdemokratie:

Schriftsteller Wilhelm Liebknecht

in Borsdorf bei Leipzig.

Wäge der 30. August ein Siegestag für das arbeitende Volk sein. Darum:
„Auf die Schanzen!!!“

Arbeiter, Handwerker, Genossen Berlins!

Neunzehn Jahre sind bereits verflossen, seitdem wir mit einem Gesetz beschenkt worden, unter welchem die gesammte Arbeiterschaft schwer zu leiden hat. Wollte man hier erörtern, was sich alles in diesen zehn Jahren unter dem Druck dieses Gesetzes vollzogen, so wäre es schade um die Zeit und Druckerwärme, die dabei vergeudet würde. Wir wollen hier nicht von den Strafen sprechen, die dem sogenannten unvorsichtigen Arbeiter durch die Handhabung dieses Gesetzes schwer und hart getroffen haben und noch treffen werden, denn es gehört schon ziemlicher Scharfsinn und juristische Kenntniß dazu, um heute behaupten zu können: „Dieses ist verboten, Jenes ist erlaubt!“ oder auch umgekehrt, und die Gerichtsentscheidungen und Aufhebungen erlassener Verbote von Zeitschriften, Sammlungen, Auflösungen von Vereinen lassen erkennen, daß eine Grenze zwischen Erlaubtem und Nichterlaubtem schwer zu finden ist. Wir wollen den herben Schmerz verbeißen, der uns durch die vielen Nichtgenehmigungen von Versammlungen bereitet wird, wodurch es uns unmöglich gemacht wird, aufklärend wirken zu können, um unsere noch nicht aufgeklärten Mitmenschen zu überzeugen, daß man als Mensch mehr zu thun hat als nur „arbeiten, beten und auch allenfalls noch ein bißchen essen“, sondern daß man auch naturnothwendig verpflichtet ist, dafür zu sorgen, „die dem Menschen von der Natur gegebenen geistigen Eigenschaften zur höchsten Vervollkommenung zu bringen“. Daß wir aber auch durch diese Genehmigungsvorschriften nicht mehr so, wie es nothwendig ist, unsere Existenzfrage besprechen können, um uns und unserer Familie den Platz in der menschlichen Gesellschaft zu sichern, der uns doch eigentlich gehört. Dieses alles müssen wir ja leider heute so hinnehmen.

Arbeiter Berlins! Wir sind geschult genug, uns nicht aufreizen zu lassen, um dadurch unsern Gegnern einen Gefallen zu erweisen, und wird daher alles Derartige an unserer Ueberlegung abprallen, aber die höchste Zeit ist es jetzt, daß wir endlich Front machen gegen einen Kampf, der mit ganz servilen Mitteln gegen uns geführt wird, — wir meinen die Frage der Lokalverweigerung.

Arbeiter, überlegt Euch reiflich und denkt ernstlich darüber nach, wie tief einschneidend, wie unwürdig, ja wie demoralisirend es ist, daß man uns die wenigen Rechte, die wir noch besitzen, auf solche elende Art beschneiden will, wie es jetzt leider systematisch geschieht. Arbeiter, Euch allen wird nicht unbekannt sein, daß man jetzt ein Mittel entdeckt hat, wodurch man uns vollständig mundtobt zu machen versucht, indem man uns die Hergabe der Lokale zu Versammlungen verweigert! — Warum denn? — Nun, wir wollen uns den Kopf nicht darüber zerbrechen, auf welche Faktoren dies eigentlich zurückzuführen ist, — trotzdem es ja, beiläufig gesagt, so gut wie bewiesen ist, daß die Inhaber von Lokalen — die Herren Gastwirthe — von den uns an Politikorganen hauptsächlich beeinflusst werden, indem ihnen bei fernerer Hergabe ihrer Lokale zu Streik- und besonders politischen Versammlungen frei und offen mit Konzeptions-Entziehung gedroht wird. — Dieses geht uns gar nichts an, wir werden ja nicht direkt, sondern höchstens indirekt davon betroffen. Wie sieht es denn aber mit den Herren Gastwirthen, die sich zu diesem Zwecke gebrauchen lassen? Haben wir nicht gegen solche verwerfliche Handlungsweise Derjenigen ganz energisch Front zu machen, die lieber den Spieß gegen uns richten, als ihren „Vormündern“ zu sagen: „Ihr habt gar kein Recht, uns mit Konzeptions-Entziehung oder Beschränkung zu drohen, wir müssen durch Ausnutzung unserer Lokalitäten die Steuern und unsere Existenz erringen, ohne Rücksichtnahme der politischen Tendenz, und deshalb erheben wir Gastwirthe dagegen Protest!“ — Aber nichts von alledem, im Gegentheil: die Herren übernehmen sogar auch ohne Beeinflussung die Rolle der Bebrücker und weisen uns einfach beim Saalmiethen die Thür.

Arbeiter! Es ist jetzt endlich Zeit zu sagen: „Wir lassen uns nicht mehr von Euch als Spielball gebrauchen, von Euch, die Ihr unsern Großen Eure Existenz verdankt, und noch nicht einmal den Muth habt, gegen solche Maßregeln in Euren Verbänden, Vereinen u. zu protestiren, von Euch, die Ihr lieber die ganze Kulturentwicklung preisgibt, als solchem Treiben entgegenzutreten, ja ihr Arbeiter, es ist Zeit, daß wir auch zeigen, was wir wollen.“

Betrachten wir uns doch die Antworten eines großen Theiles dieser Herren: Der Wirth in der „Tonhalle“ hat der Kommission einfach die Thür gewiesen, und erklärt, er hätte Geld genug und brauchte die Arbeiter nicht. — Der Lokalbesitzer Fey erklärte, überhaupt keine Auskunft geben zu wollen. — Der Wirth des „Deutschen Kaiser“ sagte: Die Arbeiter sind früher nicht zu ihm gekommen, also brauchen sie jetzt auch nicht zu kommen. — Der Herr Brunszlow, Landsberger Allee, bemerkte sehr ironisch: Bei mir verkehren jetzt Soldaten, wenn dieselben aber nach Hause gehen, dann können ja die Arbeiter kommen. — Der Gastwirth Hensel verlangt zynisch 100 Mark, weil er weiß, daß die Arbeiter keine 100 Mark für eine Versammlung geben. — Keller, Andreasstraße, erklärte sogar: Die Arbeiter müssen ja bei uns kommen (zum Vergnügen), aber Versammlungen, nicht für 10 000 Mark, auch der Herr Baster, Neue Königstraße, nicht für 100 Thaler. Und mit welchen Ausreden die andern Herren der Kommission entgegengetreten sind: ach mein Lokal ist ja zu klein — oder ich mag die Schererei mit der Polizei nicht sehen — oder aber sie verschlagen sich ihre andere Kundschaft u. Wenn diese Herren aber denken durch ein Arbeitervergnügen ein Geschäft zu machen, dann erklären sie ganz frei die Hergabe zu allen Versammlungen,

aber wenn das Vergnügen vorüber, dann geben sie den Saal doch nicht, wie z. B. Puhlmann u. A. Am deutlichsten machen es die Herren Direktoren der Brauereien. Mit Ausnahme der Adlerbrauerei Gesundbrunnen ist nicht eine, in welcher für die Arbeiter Säle zu haben sind. Diese Herren Gastwirthe wollen uns wohl zu Vergnügungen ihre Säle geben und scheuen sich gar nicht — wenn dieses etwa von der Polizei verboten — uns zu sagen: Mit der Polizei bin ich ja bekannt, ich werde es schon machen, kommen sie nur. Sie hängen der Sache eine andere Maske um, denn „Geld stinkt ja nicht“.

Arbeiter! Das ist weder von ihnen noch von uns richtig gehandelt. Wir haben gar nicht nöthig zu heucheln. Wenn uns die Herren nicht gern sehen, gehen wir doch einfach nicht hin, verzehren wir doch unser Geld da, wo man uns gern sieht, wo man uns in jeder Beziehung entgegenkommt. Ihr wißt, daß am 2. April, d. J. in einer Volksversammlung bei Mundt, Köpnickstr. 100, eine Kommission zur Regelung dieser Frage gewählt worden ist. Diese Kommission hat sich die Mühe gegeben, eine vollständige Liste derjenigen Wirthe aufzustellen, die ihre Lokale auch zu politischen Zwecken an die Arbeiter vermietthen. Diese Gastwirthe, welche sich nicht scheuen zu sagen: „bei uns sind die Arbeiter gern gesehen“, müssen wir unterstützen.

Die Kommission hat aber auch dahin zu wirken gesucht, die Herren Gastwirthe zu veranlassen, in ihren Vereinen Stellung gegen Beeinflussung zu nehmen; u n s o n s t. Einige hatten zwar versprochen, das zu thun, sie haben nicht Wort gehalten, und Korrespondenzen an die Vorstände blieben unbeantwortet.

Arbeiter! Wenn Ihr keine Versammlungen abhalten könnt, wird es wohl mit der nächsten Wahl schlecht aussehen, und beschämend genug ist es für uns, daß noch immer ein großer Theil der Arbeiter inkonsequent ist und bei solchen Wirthen verkehrt, die die Arbeiter nicht gern sehen. Die Fachvereine, Vergnügungsvereine, Gesangsvereine, Rauchklubs u. s. w. lassen sich in dieser Hinsicht viel zu schulden kommen. Nun, wir rufen Euch nochmals zu: Vermeidet die Abhaltung von Vergnügen bei denjenigen Lokalbesitzern, die Euch nicht gern sehen. Verzehrt Eure Groschen da, wo Ihr zu allen Gelegenheiten Aufnahme findet, und die Herren werden Euch auch zur Zeit der Wahl Ihre Säle geben; thut Ihr das nicht, so sind sie gezwungen, ihre Stellung zu ändern — denn sie müssen ja existiren — und dann ist bei der Wahl kein Lokal zu haben, und die Arbeiter müssen sich dann sagen: Daran haben wir selbst Schuld.

Arbeiter! Ihr habt doch schon oft verstanden, Euch Geltung und Ansehen zu verschaffen; Ihr habt durch die Wahl der Kommission ausgedrückt, gegen dieses System zu protestiren. Eine Versammlung zur Berichterstattung über die Arbeit der Kommission wird nicht mehr genehmigt. Jetzt liegt es an Euerem Handeln. Die Kommission allein kann nichts ausrichten, wenn sie auch in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit thun wird und bei irgend welchen Vorkommnissen Publikationen und event. Aenderungen untenstehender Liste im „Berliner Volksblatt“ und „Berliner Volkstribüne“ veröffentlichen wird. Aber die Arbeiter müssen dann auch geschlossen, konsequent und solidarisch hinter der Kommission stehen, sonst ist die ganze Arbeit zweckloses Beginnen.

Wir lassen nun die Liste der Lokalbesitzer folgen, die ihre Säle zu allen Versammlungen (politische wie gewerkschaftliche) hergeben und unser Erscheinen gern sehen. Darum muß unsere Parole heißen: Nur zu ihnen gehen wir:

Artus-Hof, Berlebergerstr. (Moabit).
 Adler-Brauerei, Gesundbrunnen.
 Bolzmann, Andreasstr. 26.
 Robert, Weinstr. 11.
 Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
 Domack, Johannisstr. 20.
 Elhsium, Landsberger-Allee 39/41.
 Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.
 Grattweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.
 Gnadt, Brunnenstr. 38.
 Gründer's Salon, Schwerinstr. 13.
 Heise, Lichtenbergerstr. 21.
 Hendrich's Säle, Benthstr. 18/21.
 Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.
 Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117 (25 Mk.).
 Königshof, Bülowstr.
 Klein's Festäle, Oranienstr. 180.
 Klein's Salon, Hasenheide.

Mundt's Salon, Köpnickstr. 100 (15 Mk.).
 Renz' Salon, Raunynstr. 27.
 Rennsfahrt's Salon, Dammstr. 13.
 Sanssouci, Rottbuserstr. 4 (20 Mk.).
 Schneider, Belforterstr. 15.
 Sahn's Klubhaus, Annenstr. 16.
 Silber's Salon, Schwebterstr. 24.
 Schröder, Müllerstr. 178 (Weddingpark).
 Schweizergarten, Am Königsthor.
 Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
 Scheffer's Salon, Inselstr. 10.
 Deutsches Volkstheater, Schönhauser Allee.
 Neustädtischer Volksgarten, Proskauerstr.
 Weinmann's Volksgarten, Gesundbrunnen.
 Wendt, Dresdenerstr. 116.
 Wohlhaupt, Manteuffelstr. 9.
 Zentner, Münzstr. 11.
 Zelt Nr. 1.

Die Kommission zur Regelung der Berliner Lokalfrage.

J. A. Otto Heindorf, Blumenstr. 45.

Verlag: Otto Heindorf, Blumenstr. 45. — Druck: Maurer, Werner & Co., Schönebergstr. 72.

An die Wähler des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises

Noch wenige Tage und die Entscheidungsschlacht wird geschlagen! Bedenkt, was auf dem Spiel steht: **habt Vertrauen** Euch selbst und wählet frei!

Bedenkt, was auf dem Spiel steht! Die Kartellparteien, welche mit Hilfe des Kriegsgespensies vor 3 Jahren die Majorität im Reichstag ergatterten, haben jetzt ihre letzten Ziele entschleiert: sie wollen das **allgemeine gleiche Wahlrecht vernichten**.

Das allgemeine Wahlrecht ist — seit es von dem Volk als Waffe zu seiner Emanzipation benutzt wird — den Reaktionären ein Dorn im Auge, ebenso wie das **Koalitionsrecht**, das zu verkümmern sie seit Jahren unablässig bemüht sind. Mit dem allgemeinen Wahlrecht fällt aber die Grundlage des Rechtsstaates und die einzige Bürgschaft gesunder staatlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Wer diese beiden Kardinalrechte zu vernichten trachtet, ist ein Umstürzler in des Wortes schlimmster Bedeutung.

Wird aber eine Kartellmehrheit gewählt, so wird das allgemeine Wahlrecht mit sammt dem Koalitionsrecht erschossen, und den politisch entmündigten Arbeitern Deutschlands wird die Zwangsjacke eines **verschärften Sozialistengesetzes** umgeschmitten. Und die **Steuern** und die **Geldsteuern** werden weiter und weiter gesteigert werden.

Habt Vertrauen zu Euch selbst! Falsche Freunde oder elende Feiglinge sind es, die Euch sagen: „Das Wählen wird ja doch nichts; Bismarck thut doch, was er will.“ — Nun, Bismarck und seine Leute, sie thun, was sie können, und nicht, was sie wollen. Hätte das arbeitende Volk Deutschlands, welches die Mehrheit der Bevölkerung bildet, bei früheren Wahlen so gestimmt, wie sein Interesse es erheischt, das heißt für seine Freunde, statt für seine Feinde, so würde das heutige System längst gestürzt sein, die **Schmach des Sozialistengesetzes** und der Sozialistenprozesse blies uns erpar, die **Befreiung der Armen zum Vortheil der Reichen** war unmöglich, und kein Vertreter des Klassenstaats konnte den Klassenbewußten Arbeitern Deutschlands, die für ihre Gleichberechtigung kämpfen, das übrigens nur ihn selbst beschimpfende Wort in's Gesicht schleudern, sie seien arbeitsscheue Bummeler. Die arbeitsscheuen Bummeler sind nicht in den Reihen der Arbeiter zu suchen, sondern in denen der sogenannten Ordnungsparteien, die vom **Schweigen der Arbeiter leben**.

Daß Fürst Bismarck nicht allmächtig ist, das hat sich in diesen Tagen gezeigt. Durch kaiserlichen Erlaß ist die **Berechtigung des internationalen Arbeiterschutzes** anerkannt worden, der seit Jahren von den Sozialdemokraten gefordert und seit Jahren von dem Fürsten Bismarck hartnäckig bekämpft wurde. Die Sozialdemokraten haben somit auch in dieser Frage den Fürsten Bismarck überwunden, der übrigens am 26. November 1884 im Reichstag das Geständniß machte: „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht eine Menge sich vor ihnen fürchtete, würden die mächtigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existiren.“

Das ist ein klares Wort und ein wahres Wort. Ohne die Sozialdemokraten keine Sozialreform. Die sozialdemokratische Agitation hat also, nach dem eigenen Zeugnisse des Fürsten Bismarck, sehr gute Früchte getragen. Und je stärker der Druck ist, den die Sozialdemokraten ausüben, desto raschere und größere Fortschritte werden wir machen. Der Druck wird aber um so stärker sein, je zahlreicher unsere Stimmen bei der Reichstagswahl sind. Daß der deutsche Kaiser sich bereit erklärt hat, die **Forderung des internationalen Pariser Arbeiter-Kongresses zu verwirklichen**, ist ohne Zweifel ein großer Triumph der siegreichen Sozialdemokratie; allein die Verwirklichung wird an dem Widerstand der Kapitalisten-Klasse scheitern, wenn die Sozialdemokratie nicht stark genug ist, ihn zu brechen! Und weitere, bedeutungsvollere Reformen sind nothwendig. Darum muß alle Kraft darauf gerichtet sein, am 20. Februar eine möglichst imposante Zahl von Stimmen auf den Kandidaten der Sozialdemokraten, auf den

Schriftsteller Wilhelm Liebknecht in Borsdorf bei Leipzig,

zu vereinigen.

Und wählet frei! Laßt Euch nicht einschüchtern! Laßt Euch nicht bethören! Es wird indeß nicht an Anstrengungen fehlen, das Rothe Gespenst doch noch in letzter Stunde heraufzubeschwören. Gehet dem Rothen Gespenst zu Leibe, wo Ihr es tragt. — reißt ihm die Maske ab, und hinter der Maske findet Ihr das grinsende Gesicht der Reaktion.

Bange machen gilt nicht! sei die Parole.

Um Euch ins Bodenhorn zu jagen, Ihr Wähler, verbreiten die Volksfeinde die Prophezeiung eines todtten Mannes: „Wenn im Euch ins Bodenhorn zu jagen, Ihr Wähler, verbreiten die Volksfeinde die Prophezeiung eines todtten Mannes: „Wenn der neue Reichstag ein Sozialistengesetz mit dem kleinen Belagerungszustand verweigert, dann wird der große Belagerungszustand eingeführt werden müssen. Dann haben die Kanonen zu sprechen!“ Der todtte Mann, der das gesagt, heißt **Puttkamer**, und ist derselbe Mann, der „hinter jedem Streit die Hydra der sozialen Revolution“ sah.

Wir nageln die Prophezeiung hier an. Sie zeigt, wo der Kultus der Gewalt zu suchen ist. Und die nämlichen Leute sind es, welche den Umsturz vorbereiten, indem sie das allgemeine Wahlrecht zu vernichten bestrebt sind. Noch einmal: Bange machen gilt nicht. Die Kanonen, die ultima ratio regum — der letzte Grund der Könige — die nackte, brutale Gewalt, das ist die einzige Weisheit dieser bankrottten Politiker.

Der Sozialismus ist kein Räuber und Mörder — er ist der Feind der Räuber und Mörder — er bringt den Völkern **Friede, Wohlfahrt und Gerechtigkeit**. Er will nicht die Ehe aufheben, sondern die Prostitution, die sich heutzutage, nur zu oft, in den Mantel der Ehe hüllt; er will die Familie nicht zerstören, sondern für das arbeitende Volk, das heute mit verschwindenden Ausnahmen kein Familienleben hat, die Familie erst zur Wahrheit machen.

Der Sozialismus will das **Eigenthum nicht vernichten**, sondern das Eigenthum des Arbeiters an dem Ertrag seiner Arbeit zur Geltung bringen. Der Sozialismus will nicht die Unordnung, sondern die Ordnung an Stelle der herrschenden Unordnung. Der Sozialismus ist nicht das Zerrbild, als welches die Feinde des Volkes ihn hinstellen, sondern der **Inbegriff alles Schönen, Edlen und Guten**.

Wähler! Wir stehen vor einer folgenschweren Entscheidung. Die Wählerschaft Deutschlands hat es jetzt in der Hand, das unwürdige Joch zu zerbrechen, unter dem sie so lange geknechtet hat, und unser Vaterland von den unheilvollen Interessenpolitikern zu befreien, die nur das eigene persönliche oder Klasseninteresse auf Kosten der Gesamtheit, auf Kosten des arbeitenden Volkes verfolgen.

Gegen die Sozialdemokratie und ihre Begünstiger! Iantet der Wahlschrei der Volksfeinde. Gut — wir nehmen den Handschuh auf und rufen unsererseits: **Nieder mit den Brothverkäufern! Nieder mit den Umstürzlern! Nieder mit der Partei des Rothen Gespensies! Nieder mit den Verläumdern der deutschen Arbeiter! Und hoch die Sozialdemokratie!**

Wähler! Schmettet Euch nicht neue Ketten, indem Ihr einem Feinde des Volkes Eure Stimme gebt. Stimmt für den Kandidaten der Sozialdemokratie:

Schriftsteller Wilhelm Liebknecht in Borsdorf bei Leipzig.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: L. Jacoby, Poststr. 32. — Druck von Maxime Berner & Co., Berlin S., Gehlsdorfstr. 73